

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, eine Jahresbestellung 24 Mark und Druck-Produktionskosten für den Verlag Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Verbergsstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 2 Schilling (1. d. Württembergische) u. 20 Heller; 20 Schilling (1. d. Reichsmark) im Ausland. Abonnementspreise zu richten nach Halle, Verbergsstraße 14. Tel. 1166, 1167, 2221. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Verlagskonto: Leipzig 1965 48 Post. Reichsbank.

Einzelpreis 15 Pf.

Mittwoch, den 2. Juli 1924

4. Jahrgang * Nr. 101

Sozialdemokratie für den Rathhausterror

Ergebnisse der Landtagsverhandlungen:

Keine Amnestie für unsere Gefangenen — Keine Amnestie für die Opfer des Abtreibungsparagraphen — Amnestie für Schieber und Wähler — Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront

(Eigener Bericht)

Berlin, 1. Juli.

In der Dienstagssitzung des Preussischen Landtags forderte Genosse Dahlem energisch, aber vergeblich wiederum die sofortige Beratung über die von den Kommunisten beantragte Aufhebung des Verbots der „Noten Fahne“.

In der weitergehenden Beratung über den Handelssetz hat der schwarze Dr. Hager (Ztr.) unter fortgesetzten stürmischen Zurufen der Kommunisten eine schmerzliche Kangelpredigt über die schwerste wirtschaftliche Not der Industriellen, für die die Arbeiter Verbände haben müssen. — Erreichte und schärfsten Kampf dürfte es nicht mehr geben. — Die Arbeiterschaft finde sich mit der Arbeitsverlängerung ab. (Zuruf: „Kügel Bergarbeiterkampf“) Dann Abkündigung über den Justizetat.

Der deutschnationalistische Amnestieantrag für die großen Wähler wird vor allem mit demokratischer und zentralistischer Hilfe angenommen. Die kommunistischen Amnestieforderungen für die politischen Gefangenen und für die vom Hunger zu Tode gekommenen proletarischen Arbeiter werden abgelehnt. Die SPD. stimmt in Übereinstimmung mit den übrigen Bürgerlichen gegen die kommunistischen Anträge, in denen die Abschaffung des Verbotssatzes gegen die proletarischen Kontrollorgane gefordert wird. — Ebenso stimmt die SPD. gegen die von uns geforderte Amnestierung der Arbeitslosen, die die soziale Haltung der harten SPD. Fraktion, von der ein großer Teil fehlt, daß auch mit der SPD. zusammen keine Mehrheit für die kommunistischen Anträge vorhanden gewesen wäre, charakterisiert auf neue das Gesicht dieser Reaktionskammer. Nur unter Antrag, der bessere Behandlung der politischen Gefangenen fordert, wird dank dem harten Druck unserer Fraktion (Montagsfraktion) dem Rechtsausschuß zur Bearbeitung überwiesen. Angenommen wird auf Grund unseres Antrags eine Entschädigung, in der gezielte Regelung des Mindestlohs gefordert wird.

Rißbeck (Demokrat) fordert noch stärkere Differenzierung der Löhne.

Der Vertreter des Handelsministeriums spendet dem ausgetretenen Mittelstand und den besetzten Gebieten leere Worte und wünscht ebenso, wie die Herren von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront, die volle Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft.

Genossin Ludwig

beginnt mit dem Satz, die bürgerliche Klasse suche sich für ihre Interessen aus den Reihen der Arbeiterklasse Subjekte mit korrupter Moral an. — Aber auch das ist ein Versuch, die Arbeiterklasse zu verleiten. — Aber auch dadurch sei die kapitalistische Wirtschaft vor der beständigen Krise und vor der Machtergreifung durch das proletarische Volk zu retten. Sie schließt darauf die unerhörte Verfluchung des deutschen Proletariats durch den Räuberplan der westlichen „Demokratien“ und deren deutsche Sklavenhalter, die Rolle der von den sozialdemokratischen Katalanen schon wieder erbetelten, von den Ausbeutern vorläufig durch Sozialisten erlegten Arbeitsgemeinschaft, und die traurige Spanne zwischen deutschen und englischen oder gar amerikanischen Arbeiterlöhnen.

Genossin L. deutet dann die Demagogie der sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter und auf Ermäßigung der Eisenbahntarife an Hand von Stellen aus dem von derselben SPD. so eifervoll vertretenen Gutachten auf, das all dergleichen schroff unterlag.

Die Rednerin schildert insbesondere die Wirkung des Gutachtens auf die Eisenbahner (verschärfte Abbau — vermehrte Eisenbahnkatastrophen) und übt schärfste Kritik an dem mangelnden Rettungsmassnahmen der Eisenbahnerverwaltung beim Potsdamer Unglück. Sie deutet die ungeheuerlichen Gewinne der neuesten Kriegsanleihepekulationen auf und ebenso die schamlose Verwertung von Millionen der den Arbeitern

abgepreßten Arbeitslosenversicherung zugunsten von Privatkapitalisten (während von 81.000 Berliner Arbeitslosen 1/4 der Unterstützung beraubt werden).

Genossin L. brandmarkt darauf die schamlose Propaganda der deutschen Regierung gegenüber Sowjet-Rußland, die Unterbrechung der Handelsbeziehungen, die Rolle der SPD. dabei, deren französische Kampagne in Paris die Rührfröhen bewilligen (wofür der „Vorwärts“ „volles Verständnis“ hat). Erst wenn die Arbeiter in Deutschland die Macht ergreifen und sich mit den russischen Arbeitern und Bauern verbinden, wird es möglich sein, auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den übrigen Mächten nicht im Interesse der westlichen „Demokratien“, sondern aller Arbeiter aufzunehmen. Wir sind stolz auf die kommunistische Internationale, die in allen Ländern die Befreiung aller Arbeiter zum einzigen Ziele hat! (Starker Beifall bei den Kommunisten.)

Darauf leiert die Sozialdemokratin Hanna ein Loblied auf die differenzierten Löhne und auf den „vernünftigen Teil“ der Unternehmers. Am Schluß der Sitzung kommt es zu hitzigen Zusammenstößen. Die kommunistische Fraktion fordert energisch,

daß am Mittwoch die kommunistischen Forderungen auf Aufhebung des völlig unbegründeten Verbots der „Noten Fahne“ und ferner der brutale, verfassungswidrige Entlass des Severing gegen die kommunistischen Stadterordneten an erster Stelle auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dabei erklärt Genosse Dr. Meyer, daß bei der heutigen Unterredung mit Severing dieser außer „persönlichen Auflassungen“ nicht den geringsten Grund für das Verbot der „Noten Fahne“ habe angeben können, daß es also um so dringender sei, das neue ungesetzliche Verbot unseres Zentralorgans zur Debatte zu stellen.

Ferner hat sich bei dieser Besprechung mit Severing herausgestellt, daß dieser sozialdemokratische Polizeiminister über ein Telephongespräch der Genossin Wolfstein betreffend Besprechung mit einer von Severing zu sendenden Arbeiterdelegation schon informiert war, daß also Severing entweder das Telephon des Preussischen Landtages bespielen lasse oder das Telephon auch einer der SPD. Abgeordneten heimlich mitgesprochen habe.

Darauf folgt ein scharfer Protest gegen den Severing'schen Entlass und gegen das darauf begründete

schamlose, verfassungswidrige Vorgehen gegen kommunistische Stadterordnete.

Dinge, die jede Schandtat des früheren Systems bei weitem übersteigen.

Beide Anträge werden von der sozialdemokratisch-bürgerlichen Einheitsfront abgelehnt, obwohl die immer wieder vorgehenden Redner unserer Fraktion die Freizügigkeit, Zämerlichkeit und Heuchelei der eigenen „demokratischen“ Gesetze zerstampelnden bürgerlich-sozialdemokratischen Herrschaften in das rechte Licht stellen. Die SPD. deutet alles, was ihr Herr Severing an Schandtaten sich erlaubt.

Protest der kreisenden Bauarbeiter

Die Bauarbeiter haben folgendes Telegramm an Severing geschickt:

An das Preussische Innenministerium (Minister Severing)

Berlin.

Haltliche kreisende Bauarbeiter und Zimmerer protestieren gegen die Verengung der kommunistischen Stadterordneten im Stadtparlament Halle. Fordern sofortige Aufhebung des Ausschlusses.

Streikleitung: Weimann. Vorstand: Vandermann.

Um, ein neuer Bankrott der Genossenschaftsreformisten

S-n. Alljährlich versammelt sich die Bureaufratie des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine an irgendeinem sowohl durch landwirtschaftliche Fruchtbarkeit als auch durch gute Verpflegung ausgezeichneten Platz Deutschlands, angeblich um wichtige Arbeit, „zum Wohle der Konsumvereine“ zu leisten. Wer einmal solche Tagungen besucht hat, der weiß, daß es sich hier weniger um ernsthafte, die Genossenschaftsbewegung vorwärtsbringende Arbeit handelt, sondern daß man ein vorher von der Spitzenbureaufratie wohl überlegtes und zurechtgehabenes Programm abwickelt, einige Reden „zum Zenit hinaus“ hält und dann mit größter Tatkraft sich den sorgfältig vorbereiteten Verhandlungen widmet. Das gleiche gilt auch von den Untererbandstagen, die dem Kongreß des Zentralverbandes vorausgehen.

Es war zu erwarten, daß der diesjährige Verbandstag in Ulm mehr Leben zeigen würde, als es sonst bei den Verhandlungen üblich zu sein pflegt. Die proletarischen, auf dem Boden des Kampfes in der Masse stehende Opposition in den Konsumvereinen ist im letzten Jahr stark angewachsen.

Das Schlagwort von der „Neutralität“ der Genossenschaftsbewegung, womit die meist sozialdemokratischen Konsumvereins-Angehörigen und vor allem die führenden Leute des Zentralverbandes in Hamburg sich vor den Konsequenzen der ungeheuren sozialen Lage in Deutschland zu retten suchen, zieht nicht mehr. In der breiten Masse der Konsumvereinsmitglieder beginnt man einzusehen, daß die

genossenschaftliche Neutralität sich als eine aktive Unterstützung der bürgerlichen Klassenherrschaft auswirkt.

Und ebenso ist es den genossenschaftlich organisierten Proletariern klar geworden, daß die vielgepriesene „Selbsthilfe“, die auch auf dem loebsten stützenden Ulmer Genossenschaftstage wieder von den Zentralverbandenleuten verherrlicht wurde, nur ein Phantom ist, eine Einbildung, der bei den heutigen Verhältnissen jede praktische Voraussetzung fehlt. Ein moderner Konsumverein ist nicht in der Lage, seinen Großbetrieb allein aus den Schwachen der Arbeiter der Mitglieder heraus aufrechtzuerhalten. Er wäre es selbst dann nicht, wenn nicht überhaupt der Zerlegungsprozeß des kapitalistischen Systems und seine jeweilige Krisenform in Deutschland die Lage unserer Konsumvereine besonders ungünstig gestaltete.

Das und vieles andere mehr ist ein schlagender Beweis für die Unhaltbarkeit jenes Genossenschaftsreformismus oder „Utopismus“, wie ihn die herrschende Richtung zu predigen beliebt.

Die Genossenschaftsbureaufratie sah also ihre Positionen bedroht und sie entließ sich deshalb, Maßnahmen zu treffen, die jeden Angriff der proletarischen, klassenämpferischen Oppositionen unmöglich machen sollten.

Derartige Bestrebungen sind übrigens nicht neu. Um die Mitgliederherrschaft der sozialdemokratisch-reformistischen Clique Hamburger Führung zu sichern, hatte man schon längst dafür gesorgt, daß zu den Tagungen der Untererbände und des Zentralverbandes Delegationen aus der Mitgliedschaft nicht zulässig sind. Man beschränkte also bewußt die Zusammenkunft dieser Kongresse auf die Bureaufratie bzw. die ihnen nächstehende Schicht der Aufsichtsräte usw., in der Hoffnung, dadurch den oppositionellen Vorstoß schon bei den unteren Organen des Verbandes aufzuhalten zu können.

Das ist wie die Ulmer Tagung bewies, nun zum Teil gelungen. Es ist dort zu sehen, ja erlittenen Auseinandersetzungen zwischen der Opposition und der Bonzenclique gekommen, aber die Opposition war eine Minderheit — von 761 Delegierten gehörten 60 der kommunistischen Partei an. Es kann also nicht übersehen, daß sich die Kaufmann, Raab und Konforten zwar keine Ermächtigungsgesetze für alle Fälle, aber doch neue Vollmachten haben geben lassen, um unliebsame Kritiker abwürgen zu können. So wurde denn am zweiten Tag eine Debatte, trotz des heftigen Widerspruches des Genossen L. u. (Gotha) eine Geschäftsordnung angenommen, worin bestimmt ist, daß Anträge durch hundert Stimmenberechtigte Delegierte (bisher 25) vertreten sein müssen; daß der Vorsitzende die Vollmacht hat, die zehn Minuten Redezeit auf fünf Minuten herabzusetzen, und daß Anträge zur Debatte nicht mehr begründet zu werden brauchen.

Protest-Rundgebung im „Volkspark“

Donnerstag, den 3. Juli, abends 7^{1/2} Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240702-18/fragment/page=0001

DFG

Deutsche und französische Sozialdemokraten für die Ruhrbesetzung

Der „Vorwärts“ hat „volles Verständnis“

Die Regierung Herriot hält die Ruhrbesetzung aufrecht. Sie hat sich von der Kammer die Mehrheit nur bewilligen lassen. Nächst verteidigte die Schandtat des französischen Militarismus im Ruhrgebiet.

Herriot erklärte und betonte, daß an eine Räumung des Ruhrgebietes nicht zu denken sei. Die Zustimmung über die Ruhrbesetzung war eine deutliche Illustration dafür, was die Regierung des „Vorwärts“ ist und welchen Politik sie betreibt.

Der Nationalist, die Parteien Poincarés und Millerands, stimmten geschlossen die Besetzung des Ruhrgebietes für die Regierung Herriot, eine Tatsache, die noch einmal beweis, daß die Politik des „Vorwärts“ die gerade Fortsetzung der Politik Poincarés ist.

Die französischen Sozialdemokraten, eine Seite des „Vorwärts“, erklärten sich gleichfalls für die Ruhrbesetzung. Ihr Führer Blum erklärte, er sei zwar prinzipiell (prinzipiell ist ein Sozialdemokrat für alles zu haben) gegen die Ruhrbesetzung, seine Partei werde aber nicht gegen Herriot stimmen, da sie keine Politik, d. h. also auch die Ruhrbesetzung, unterläßt. Das ist ein neuer 4. August der 2. Internationale!

Allen die Kommunisten forderten sofortige Räumung und Klärung gegen die Ruhrbesetzung und gegen die Regierung Herriot, die Regierung des Imperialismus und Militarismus mit dem drittseitigen Beistand der passivsten Phrasen.

Die Haltung der französischen Sozialdemokraten kennzeichnet die Außenpolitik der 2. Internationale. Diese Politik der „Demokratie und des Pazifismus“ entpuppt sich als die vulgareste und unverständlichste Unterwürfung aller imperialistischen Völkerverträge und Ausbeutungsverhältnisse.

Die deutsche Sozialdemokratische Partei darf natürlich nicht fehlen, wenn es gilt, für die Politik der 2. Internationale, d. h. der Vorkämmerer für den Entente-Imperialismus, einzutreten. Der „Vorwärts“ der noch vor wenigen Tagen alle Reben Herriot in der Gegenwart verabscheute, um daraus eine Antikörperung der Räumung der Ruhr herauszulassen, hat sein feilliches Gleichgewicht wieder gefunden und steht nunmehr in der Ruhrbesetzung eine Offenbarung des Friedens und der Demokratie. Der neue 4. August der französischen Sozialdemokratie findet im „Vorwärts“ einen Vorkämpfer. Das Stammpapier schreibt wörtlich:

„Die deutschen Kommunisten und mit ihnen die Nationalisten werden nicht verfehlen, angelehnt der Tatsache, daß die französischen sozialistischen Abgeordneten nicht gegen die Ruhrbesetzung gestimmt, sondern sich teils der Stimme angeschlossen, teils sogar den Rechten beigetreten haben, in ein höchst feindseliges Aussehen auszubringen. Das ist natürlich vor allem gegen die deutsche Sozialdemokratie richten wird.“

Deshalb ist jetzt hier mit aller Klarheit festzustellen, daß wir für die Haltung unserer Genossen volles Verständnis haben. Wenn die sozialistische Fraktion, die gerade unter Führung Leon

Blum einen loyaleren Kampf gegen die Ruhrbesetzung unter Poincaré führte, heute unter Herriot, der seinen Willen, die Ruhr jedoch als möglich zu räumen, feierlich und wiederholt geäußert hat, nicht den gleichen sehr negativen Standpunkt einnimmt, so ist dies eine Selbstverständlichkeit. Daß die Ruhr nicht innerhalb weniger Tage geräumt werden kann, steht auch jeder vernünftigen Seele ein. Deshalb müssen die Mittel für den Unterhalt der Truppen aufgebracht werden. Entschieden ist der Geist (1), in dem die Kräfte beauftragt werden.“

Zu dieser Offenbarkeit, mit der der „Vorwärts“ für die Ruhrbesetzung, für die imperialistische Politik Frankreichs gegen deutsche und französische Arbeiter eintritt, ist ein Kommentar überflüssig.

Jeder sozialdemokratische Klassengenosse sollte diese Sätze des „Vorwärts“ lesen, dann wird er verstehen, wozu die Politik der Sozialdemokratie, der 2. Internationale, nicht ist. Solch schändlichen Betrug hat die Welt noch nicht gesehen.

Was sich in der Pariser Kammer abspielte

Paris, 30. Juni.
Auf dem Kongreß der 2. Internationale in Hamburg 1923 erklärte der sozialdemokratische Führer Leon Blum folgendes:

„Wir sind überzeugt, daß die Ruhrbesetzung eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist. Kein Friedensvertrag kann der Ruhrbesetzung auch nur einen Schein von Recht geben.“

Auf Grund dieser Erklärung müßte man annehmen, daß Blum und seine Freunde eine energische, alte Kampagne gegen die Ruhrbesetzung geführt hätten. Sie haben nichts getan. Sie haben nur passivistische Phrasen von sich gegeben und das Regime Poincaré gelobt, ebenso wie sie jetzt Herriot loyal sitzen.

Blum hat eben die vier Tage anlässlich der Ruhrbesetzung in der Kammer einen neuen Beweis geliefert.

Im Namen der Kommunistischen Partei veranlagte Genosse Baraur die Besetzung des Ruhrgebietes, der diese Kräfte zur Wiederherstellung der Besetzung umfäkt. Große Verlegenheit bei den Sozialdemokraten! Jetzt müssen sie große Betrügereien begehen.

Neugierig nervös und peinlich verhalten erklärt Leon Blum, daß die Sozialisten für die Stimme — enthalten müßten. Herriot läßt zu dieser Sache sofort die Vertrauensfrage stellen. Und siehe: die Wehrmacht der sozialdemokratischen Koalitionen und Kompromißpolitiker stimmt für Herriot.

Aber Herriot läßt seine Sozialdemokraten nicht so leichtsinnig davon. Er will sie ganz auf die Knie zwingen und stellt die Vertrauensfrage allgemein. Diesmal stimmt die sozialistische Fraktion geschlossen für Herriot.

So kamen die neuen Ruhrbesetzung des „linken“ Herriot zustande und so beläppeln die französischen Sozialdemokraten den Imperialismus!

Der Micumskandal

Verstärkte Ausbeutung des Proletariats — Reichsunterstützung für die Industriellen

Das Micum-Abkommen verlängert!

„Bis zur Intraffizierung des Gutachten“
(Sonderbericht des „Klassenkampf“)

Zur Verlängerung des Micum-Abkommens teilt die Presse folgendes mit:

Die Verhandlungen zwischen der Schlichtungskommission und der Micum-Abkommen teilt die Presse folgendes mit: Die Verhandlungen zwischen der Schlichtungskommission und der Micum-Abkommen teilt die Presse folgendes mit: Die Verhandlungen zwischen der Schlichtungskommission und der Micum-Abkommen teilt die Presse folgendes mit:

- a) Die laufende Kohlensteuer wird auf 75 Pfennig festgesetzt;
- b) Die Eis- und Ausfuhrabgabe (Zuschlag mit dem Ausland) sowie die Zinsabgabe und Abgabenabgaben (Zuschlag mit dem Ausland) werden für die Kohlen- und Eisenerz-Verfahren auf die Hälfte herabgesetzt;
- c) Die Verzehrsabgabe für die Nebenprodukte wird auf 1 Prozent ermäßigt. Die Besteuerung von Nebenprodukten wird auf folgende Prozente der Verfeinerung festgesetzt: 10 Prozent für Benzol (mit Wasser), 6 Prozent für Petroleum (mit Wasser), 8 Prozent für Schwefelkohlenstoff (mit Wasser) und die übrigen Nebenprodukte (auf 10 Prozent). Die unter a bis c genannten Ermäßigungen erlangen rückwirkende Kraft vom 15. Juni ab. Für die Streifenzeit vom 1. Mai bis 17. Juni einschließlich wird die an Reparationsantragsteller zu leistende Menge der Produktion der Ruhrbezirk der 2. Zone in diesem Zeitraum ermäßigt. Der Unterzeichnete des vorliegenden Abkommens hat die Schlichtungskommission ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Verlängerung des Abkommens für den Monat August von der Möglichkeit der Finanzierung abhängt. Sie wird streicher in den nächsten Tagen veröffentlicht und hat sich der Micum gegenüber vorbehalten, falls diese Verhandlungen eine Finanzierungsmöglichkeit nicht ergeben, den Vertrag ab dem 31. Juli zu kündigen.

Das Micum-Abkommen, zuerst abgeschlossen am 20. November 1923, ist jetzt die Überlieferung der deutschen Bourgeoisie im Ruhrkrieg wider. Als wesentliche Bedingung steht der Micum-Vertrag die Besteuerung von Kohle, Holz, Nebenprodukten usw. für Reparationszwecke vor. Diese Besteuerungen werden den Industriellen nicht abgenommen, sondern durch die Ruhrbesetzung zu zahlen. Schon bei der Verlängerung des Micum-Vertrages im April hat die Schlichtungskommission die Bestrafung der Reparationsleistungen in den Vordergrund der Verhandlungen gestellt und zwar mit Hinweis auf das Sonderabkommensgutachten. Jetzt nämlich ist es notwendig, daß die Reparationsleistungen bezahlt werden können. Die Forderungen haben es aber bis jetzt nicht verstanden, die Kosten des Micum-Vertrages auf die Schultern des rheinisch-westfälischen Proletariats abzuwälzen. So wurde a. B. sofort nach dem Abschluß des Micum-Vertrages Ende November der Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau aufgenommen, wurden die

Wahlleistungen durch die Neuverteilung der Löhne für die Stabilitätspolitik durchgeföhrt. Die untergebenen Klassen des Micum-Vertrages trägt nicht, wie die bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter behaupten, das rheinisch-westfälische Proletariat, sondern die Arbeiter und Bauern.

Das neue Micum-Abkommen tritt ab 1. Juli bis zum 31. August 1924 in das Leben. Es enthält die gleichen Bestimmungen des Micum-Vertrages, jedoch, aufnahmen können?

Nein! Die Forderungen des Ruhrgebietes werden nicht daran denken, die Arbeitsbedingungen des Proletariats zu verbessern. Außerdem aber hat das Proletariat nicht vergessen, daß die internationale Antike, die Deutschland gegenüber werden soll, zur Zahlung der Reparationsleistungen verurteilt und gezwungen werden muß. Die Zinsen und die Tilgung dieser Antike wird aber von dem gesamten Proletariat Deutschlands getragen werden. Von welcher Seite man die Millionen des Sonderabkommensgutachten auf die westfälischen Arbeiter Deutschlands beizutragen mag, immer wieder ist das Ergebnis verstärkte Ausbeutung.

Das Reich finanziert die Industriellen

(Ein Draht.) Berlin, 2. Juli.
Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, die Hälfte der Micumlasten zu übernehmen und den Bergbau für den Monat Juli eine finanzielle Hilfe zu geben, obwohl die Finanzierung des Reiches eine solche Schritte nicht zuläßt. Wegen der Finanzierung der Anguldierung über die Industriellen bereits schweren Druck auf die Regierung aus.

In den letzten Tagen hat die schwerindustrielle Presse Jeter und Jorda heftig gelächelt, daß die Micumverhandlungen (vgl. vorhergehende Artikel), dem Wunsche Herriots gemäß, auch diesmal wieder von Sozialisten und nicht von gewerkschaftlicher Regierung geführt wurden. Der Zweck dieses Presselärmes war klar.

Die Industriellen wollen die Micumlasten, die sie ohnehin aus den Ruhrampeln herauspressen, ebenfalls von der Regierung bezahlt lassen. Dieses untere Auffassung wird durch die vorliegende Meldung bestätigt. Derselbe Reichsregierung, die in der brutalsten Weise gegen die Arbeiter, Angehörigen und Bauern vorgeht und von untragbaren Lagen in den öffentlichen Betrieben usw. redet, hat auch heute noch Geld genug, um den Schwerindustriellen an der Ruhr, die sich an der Inflation, d. h. mit Hilfe der Verwertung der breiten Massen des Volkes bereichert haben, Hilfspulver zu zahlen. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die Reichsregierung nichts anderes ist, als ein

Schreibtüren der deutschen Industriellen, ein politisches Ausbeutungsinstrument, das mit Hilfe des Staatsapparates den Macht- und Profitgier der Kapitalisten füllen will. Die Zahlung von Hilfspulver ist ein neuer Vorwand für die Arbeiterfeindschaft. Sie muß alle Possibilitäten abschütteln und den Kampf um die Übernahme der Produktion, den Kampf um die politische Macht aufnehmen.

Zur Entwaffnungsmethode

Verichtigung. Unter getrigger Leitartikel enthält mein früheres Korrekturen. Es muß im zweiten Absatz natürlich folgende Korrekturen. Und wir wissen, daß es neuer imperialistischer Krieg kommen kann, auch wenn keine politischen (nicht: marxistischen) Militärorganisationen da sind. Es wäre eine Kleinigkeit, eine neue marxistische (nicht: unmarxistische) Auffassung...

Dementsprechend verfuhr denn auch die Kongressleitung. Eine von der Opposition eingebrachte Entschließung zum Geschäftsbericht, worin die Klassenlage des Proletariats gekennzeichnet und der Weg aufgezeigt wird, den die Genossenschaften als Kampfinstrument der Arbeiterklasse gegen das Kapital zum Sturz der Ausbeuterherrschaft beschreiten müssen,

wird weder verlesen, geschweige denn zur Debatte gestellt. Ebenfalls ging es mit zwei weiteren zur Geschäftsordnung eingebrachten Anträgen, wovon der erste insbesondere die Frage der Umsatzeuer, der öffentlichen Kredite der Gewerbetreibenden und der Verkaufsumsätze in ein Gespräch, der letztere gegen das Verbot des Arbeiterkongresses proklamierte und seine Befestigung durch die Kongressgenossenschaften verlangte.

Aber dabei blieb es nicht. Am dritten Verhandlungstage kam es zu heftigen Zusammenstößen, als Herr August Kahl, der satirisch bekannte Redakteur der „Kommunismosensationalistischen Rundschau“, gegen die Kommunisten auftrat. Wenn Herr Kahl in seinem bisherigen Vortragsstil fortfährt, so wird er ohne Zweifel eines Tages ein lohnendes Objekt für den Spindel einer Weisheit ist er's heute schon, und es gibt unter seinen Gefinnungstreuen von der Hamburger Richtung eine ganze Reihe, die das feste Männchen mit den merkwürdig schwimmenden, hinter Fettpfosten versteckten Augen und dem hochtrabenden, auf Gleichgültigkeit hinweisenden Hinterkopf als pathologisch bezeichnen. Nebenfalls hat Herr Kahl in ihm die Meinung befestigt. Einen ganzen Rehrichthausen nichtdrückender Äußerungen föhrt er über die Opposition aus, ganz nach dem Rezept, die er in der „Kommunismosensationalistischen Rundschau“ gegeben hat. Und dann drohte er:

Der Vorstand werde rücksichtslos alle Mittel anwenden, um weitere Schäden zu verhüten, d. h. er werde in allen Fällen, wo durch beherrschte, systematische, von parteipolitischen Absichten geleitete Mächtigungen der Grundzüge und Bestände die Organisation gefährdet werde, durch Besetzung der Schulden für die Befestigung der Gefahr sorgen.

Nur nicht plagen, Herr Kahl! Wenn die Konsumereinsburekratie sich nach außen hin so stark macht, so weiß ich doch ganz genau, daß sie innerlich nicht mehr die Macht besitzt, um nach Belieben mit den oppositionellen Konsumereins umspringen zu können. Was Kahl redete, war nichts als Aulisse. Die Herren in Hamburg werden es sich sehr wohl überlegen, ob sie eine Spaltung des Verbandes riskieren können. Vorkäuflich haben sie sich damit begnügt, einen Genossen, der in Vertretung des Genossen Dr. Wittel erschienen war, aus dem Saal hinauszuwerfen, und mit Hilfe der Kriminalpolizei einen Delegierten den Zutritt zur Tribüne trotz der Galtkarte zu verweigern.

In der Diskussion zu allen Verhandlungspunkten zeigten die sozialdemokratischen Vertreter die gleiche Kraftlosigkeit und bornierte Fähsigkeit, wie sie auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin zu beobachten gewesen ist. Ueberhaupt erinnerte das Ruhrbedürfnis der Konsumereinsburekratie lebhaft an manche Vorgänge auf diesem Parteitag, und ebenso waren auch alle Vorkäufliche, die von den Hamburgern zur Befestigung der genossenschaftlichen Betriebsverhältnisse gemacht wurden, von einer beidenswerten Oberflächlichkeit.

Demgegenüber waren die Genossen von der Opposition außerordentlich aktiv und mit einer Fülle von praktischen, der Befestigung des Genossenschaftlichen angenommenen Vorkäuflichen zur Hand. Die Genossen Erlinger (Kena), Laß (Gotha), Müller (Halle), Granz (Eimbad), Herberich (Köln) zeigten, wie reaktionär die Hamburger in allen Fragen der internationalen Genossenschaftspolitik, der innerdeutschen Politik und schließlich der genossenschaftlichen Betriebswirtschaft behandelt haben. Und so muß es als ausgezeichneten Erfolg gefacht werden, daß auf der einen Seite die Opposition energisch eine klare, in die Zukunft weisende Linie vertrat, auf der anderen Seite die regierenden Reformisten in verwegenerem Rückwärtsschritt klüben und es nicht wagten, sich ein Ermäßigungsgeheimnis zum Verbandstag geben zu lassen oder gar die Kommunisten aus dem Verband auszuscheiden. Für die Opposition kommt es jetzt darauf an, die gewonnenen Positionen durch föhmalige Arbeit für die proletarischen Konsumereins zu erweitern.

Sprengung der Großen Koalition in Preußen?

Der Zutritt für die Sozialdemokratie

(Ein Draht.) Berlin, 2. Juli.
Geben wird bekannt, daß Teile der Deutschen Volkspartei den Zutritt aus der Großen Koalition in Preußen verlangen. Diese Forderung kommt für uns nicht überlegen; denn selbst wenn die Auflösung der Großen Koalition in Preußen auch noch nicht sofort erfolgen sollte, so ist es doch nur eine Frage der Zeit, bis man der Sozialdemokratie, die nunmehr ihre Schuldigkeit als Zutritter der Kapitalisten, als Partei der Bourgeoisie bei allen ihren politischen Schlimmergeschichten durchgeföhrt hat, den widerwertigen Zutritt gibt. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden es erleben, wieviel lästige Obereise als Belohnung ihrer Parteibegonen von der Bourgeoisie erhalten werden. Diese Arbeiter müssen einsehen, daß auf dem Wege der kapitalistischen Koalition nur das Unternehmertum gestützt und die eigene Lage verschlechtert wird. Günstig wird eine Regierungskrise in Preußen zugleich die notwendige Reuewahl dieses überlebten Parlaments notwendig machen.

Der kommunistische Entwurf zu einem Arbeitszeitgesetz

Berlin, 2. Juli.
Wie gestern gemeldet, hat die kommunistische Reichslegation einen umfassenden Arbeitszeitgesetzentwurf ausgearbeitet.

Wenn der kommunistische Entwurf auf der Tagesordnung dieses Parlaments der wirtschaftlichen und politischen Konferenzentscheidungen liegen wird, dann wird es für die Herren Sozialdemokraten keinen Zweck betonen. Ihre Kräfte in den gewaltigen Wirtschaftskrisen sind die Arbeitszeit für den Proletariat als ein wichtiges Mittel, ihre Kräfte „grundlegenden, prinzipiellen“ Neben über den Arbeitszeitgesetz kennen wir eschönigt. Und wir zweifeln auch nicht daran, daß diese Herren Sozialdemokraten im Parlament ihre Taten befehlen werden. Ferner ist der Wunsche! Daß uns lesen, ob ihr Herren Sozialdemokraten auf ein Paar derselbe Gehelbe sind, wie die Herren Wöllischen und Deutschnationalen, aus deren Munde schon so manches demagogische Bogenwort „für den Arbeitszeitgesetz“ gefallen ist. Die Heuschrecken der Zentrumspartei, der Demokratischen und der Stimmereipartei, die in den Grundzügen von selbst großen Kräfte sind wie die der Schelde, Ditt, Ditt und Stimmereipartei, werden durch die Forderung, die die Kommunisten von der Teilweise

des Reichstags aus proklamieren, nicht minder entkarrt werden wie die „Prinzipien“ ihrer Kräfte.
Das Proletariat aber weiß, daß es nur in den härtesten Kämpfen nur unter der Führung der kommunistischen Partei und nur mit revolutionären Mitteln in der Situation von heute den Arbeitszeitgesetz erkämpfen können. Somit: Rußland, das kein Arbeitszeitgesetz für alle Proletariate durchgeföhrt hat, wird dem deutschen Proletariat zeigen, wie es sein Arbeitszeitgesetz erringen muß.

Mussolinis Kabinettsbildung

Eine kaiserliche Doyonation!

S. 2. Juli.

Die bürgerliche Presse berichtet über die Umbildung des italienischen Kabinetts folgendes:

Mussolini hat vier Ministerposten seines Kabinetts neu besetzt: Das Kolonialministerium übernimmt der dem italienischen Adel entstammende Fürst D'Isclaca, als Kultusminister wird der Mailänder Partizipier Cassati genannt, ein rechtsliberaler Abgeordneter, der bei den Friedensverhandlungen von St. Germain und bei den Verhandlungen über Rime Delegationsmitglied war. Arbeitsminister ist der Rechtsanwalt Sarcoli aus Siena, Minister für Volkswirtschaft wird Senator Rana, der im Kralge Staatssekretär für Munition und später Minister für die befreiten Gebiete war.

Kleiner der neuen Minister gehört der sozialistische Partei an. Die große katholische Populärpartei ist an der Kabinettsbildung nicht beteiligt und ihr Mitglied Rapi no hat sein Amt als Vizepräsident der Kammer niedergelegt. Mussolini hat die Bedingungen der Anhänger Gioellis für ihren Eintritt in die Regierung abgelehnt. Die Haltung der Opposition ist unklar und geschochen. Zwar kritisiert sie die einseitige Kabinettsbildung sehr scharf aber es fehlt ihr der Wille zu einer existenzbedingenden Haltung.

Diese Nachricht zeigt die ganze Zimmerleiste des italienischen Parlamentarismus an der bürgerlichen Scheinopposition und natürlich auch die Sozialdemokraten beteiligt, die sich trotz der Ermordung ihres Führers nicht zum Kampf gegen den Faschismus gestellt haben. Als die Kommunisten zum Kampf gegen das faschistische System aufrufen, haben die sozialdemokratischen Führer sich sofort gegen diese Kampfroutine erhoben, sie haben den kommunistischen Vorstoß zur Bildung einer Einheitsfront abgelehnt und damit Mussolini gestützt. Das italienische Proletariat muß bittere Lehren ziehen, bis es einmütig, daß mit dem bürgerlich-sozialdemokratischen Parlamentarismus nicht erreicht wird.

Polnische Kriegsvorbereitungen gegen Rußland?

Danzig, 28. Juni.

Der seit längerer Zeit erneuerte polnische Munitionsdampfer Warta mit 450 T. Sprengstoffmunition ist gestern früh aus Cherbourg kommend, in Danzig eingetroffen. Die Vorkriegsbestände sind bereits im Gange. Umfangreiche Werkstoffbestände sind seitens der Polzeiverwaltung des Reichslands Danzig getroffen worden. Die gesamte Munition soll nach die Ostpreussische Gebiet geschickt werden. Der ganze Reichsland ist für den heutigen Tag für den Schiffs- und Bombenverkehr gesperrt.

Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß diese Reichsmenge von Sprengstoff nur der Vorbereitung der antirussischen Angriffskräfte dienen soll. Frankreich, das ja ein militärisches Bündnis mit Polen geschlossen hat, hebt dieses unermüdet gegen die Sowjetregierung auf und findet dabei williges Gehör bei dem Ministerpräsidenten Gaidar. Will der vielleicht keine vergrößerte imperialistische Macht durch einen Krieg nach außen in die Kämpfe mitreten? Aber die Stimmung der immer mehr verarmten Arbeiter und kleinen Bauernschaft ist so revolutionär, daß sich ein imperialistischer Krieg gegen die in Bürgerkrieg umhüllenden Gerate Polen in seiner Rolle als Spielball der kapitalistischen Weltmächte ist ein Maßstab Beispiel dar, was bei Durchführung des Sachverständigenratens Deutschland bevorsteht. Ruffen und Schicksal der von den imperialistischen Drahtseilern angelegten Weltregierung zu sein.

Haltet den Dieb!

Der handwerkliche Mörder Jantoff

Sofia, 1. Juli.

Bei der Besprechung der Interpellation über die Ermordung des Abgeordneten Jantoff in der Sobotnik ergriff der Ministerpräsident Jantoff das Wort und erklärte, er werde die Sache des politischen Mordes ausklären. Die Mordtat werde dem Gesetzen des Landes entsprechend geahndet werden. Nachdem er ausdrücklich die innere Politik der Regierung darzulegen hätte, erklärte er, daß die Bekämpfung aller politischen Parteien, mit Ausnahme der der Befreiung des Landes und sich zu halten nur den von Kosten gebenden Antifaschisten und Besseren, die nicht nur Unruhen in Bulgarien, sondern auch im ganzen Balkan herbeizuführen wollten, und den Frieden und die soziale Ordnung in ganz Europa bedrohten.

Einmal Wlad! Der Mörder, der durch das Entsetzen des politischen Mordes auskärte! Auf die Worte Jantoffs, unter dessen Regie ungeliebte revolutionäre Bauern und Arbeiter zu Tode gemordet wurden, wird man genau so viel geben können, wie auf die bombastischen Deklarationen seines Freundes Mussolini anlässlich der Ermordung Matteotti. Am jedoch die Volkswut sich abzukühlen, für die Bekämpfung des Mordes und unaufrichtig bei Gruppe I bis VI eine weitere Erhöhung festsetzen wird, ist der Unterschied zwischen diesen und bei der Regierungsverwaltung beschuldigten deutschen Eisenbahner bedeutend größer geworden. Zum Ausgleich des letzteren verhandelt am 25. Juni obige Gesellschaft gemeinsam mit dem deutschen Eisenbahnerverband bei der Generaldirektion in Berlin. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Als der polnische Arbeiter an der Ruhr und am Rhein dank der, verhältnismäßig geringen, unterer Prozententzinsen zusammenbrach und die französisch-belgische Eisenbahnerverwaltung mehr und mehr den Betrieb auf dem rheinisch-westfälischen Eisenbahnen in Gang brachte, mußten die deutschen Eisenbahner Dienst bei der französisch-belgischen Regie unter Bedingungen nehmen, die für die Ausbeutungsmethoden der von Fiktion zu gerichteten „sozialistischen Demokratie“ charakteristisch sind. Für die Regie-Eisenbahner hieß zunächst alle ihre bestehenden Sicherungen, die noch bei der Eisenbahnerverwaltung bestanden, fort. Auch in der Lohnfrage und gewerkschaftlich waren sie benachteiligt. Wenn die Regie-Eisenbahner jetzt in eine Lohnbewegung eintreten, so beweist das, daß die ungeliebte und passlose Stimmung, die infolge der gegenwärtigen Not bei ihnen noch Zusammenbruch des letzten Arbeiterbundes hat freit gemacht und sie in die Arme der französisch-belgischen Eisenbahnerverwaltung getrieben hat, zu weichen beginnt.

Lohnbewegung der Regie-Eisenbahner

Der Interessentenverband der Deutschen Eisenbahnen und Bauern des besten Lohnsystems haben teil mit: Nachdem die Befreiungsbewegung für die Bekämpfung des Mordes und unaufrichtig bei Gruppe I bis VI eine weitere Erhöhung festsetzen wird, ist der Unterschied zwischen diesen und bei der Regierungsverwaltung beschuldigten deutschen Eisenbahner bedeutend größer geworden. Zum Ausgleich des letzteren verhandelt am 25. Juni obige Gesellschaft gemeinsam mit dem deutschen Eisenbahnerverband bei der Generaldirektion in Berlin. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Als der polnische Arbeiter an der Ruhr und am Rhein dank der, verhältnismäßig geringen, unterer Prozententzinsen zusammenbrach und die französisch-belgische Eisenbahnerverwaltung mehr und mehr den Betrieb auf dem rheinisch-westfälischen Eisenbahnen in Gang brachte, mußten die deutschen Eisenbahner Dienst bei der französisch-belgischen Regie unter Bedingungen nehmen, die für die Ausbeutungsmethoden der von Fiktion zu gerichteten „sozialistischen Demokratie“ charakteristisch sind. Für die Regie-Eisenbahner hieß zunächst alle ihre bestehenden Sicherungen, die noch bei der Eisenbahnerverwaltung bestanden, fort. Auch in der Lohnfrage und gewerkschaftlich waren sie benachteiligt. Wenn die Regie-Eisenbahner jetzt in eine Lohnbewegung eintreten, so beweist das, daß die ungeliebte und passlose Stimmung, die infolge der gegenwärtigen Not bei ihnen noch Zusammenbruch des letzten Arbeiterbundes hat freit gemacht und sie in die Arme der französisch-belgischen Eisenbahnerverwaltung getrieben hat, zu weichen beginnt.

An die Kriegssopfer und ehemaligen Frontkämpfer des Weltkrieges!

Kameraden, Genossen, Proletarier!

In einigen Wochen begehen wir den zehnten Jahrestag des Beginns des Weltkrieges. Am 1. August sind zehn Jahre vergangen seit Beginn des Weltkrieges. Der Jahre Krieg, sechs Jahre Kriegskriegs liegen hinter uns.

Noch sind die Wunden nicht geheilt, die der Krieg geschlagen hat! Noch sind die Folgen des Krieges nicht beseitigt.

Nach zehn Millionen hat sich die Zahl der Toten, die durch den Krieg gestorben sind, verdreifacht, verfrachtet, frant und Red. Vierzig Millionen Kriegsgenossen, Witwen, Waisen und Blinden sind in den Kriegsjahren und nun dem Hunger und Elend ausgesetzt sind. Ganze Armeen von Erwerbslosen, Entlassenen von Fronten hat der Krieg der kapitalistischen Kriegerstaaten geschaffen, und mit diesem ansehnlichen Zug von Reserven, Waisen, Mütter, Erwerbs- und Obdachlosen marodierten die wir gegenseitig, allen voran die Tuberkulose, die täglich Hunderte und Tausende dahinführt.

Kriegssopfer, Frontkämpfer, Proletarier!

Warum führt ihr diese ungeliebten Opfer gebracht? Habt ihr sie gebracht für eure Befreiung aus Knechtschaft, Sklaverei und Unterdrückung? Habt ihr sie gebracht für eure Ziele und Ideale? Habt ihr sie gebracht, um der Weltfrieden zu betreiben zu geben?

Wir nicht! Ihr habt sie gebracht nur für eure kapitalistischen Herren. Die haben sich bereichert in der Zeit des Krieges, sie haben Kapital angehäuft in der Kriegszeit, sie haben Millionen gewonnen in der Zeit des Weltkrieges.

Aus ihr, die Opfer dieser Weltanschauung, die ihr im Frieden ihre Reichtümer erworben und im Krieg für sie gebietet habt, die ihr nun Inzucht geworden seid, hat man Euch meistens eine anständige Versorgung gegeben, die Euch vor dem Verhungern bewahrt?

Ihr wißt, daß ihr auch in diesem Punkt belogen und betrogen seid. Ihr kennt die internationale Lage vom Dan der Vaterländer. Eure kapitalistischen Herren können nur ein Gebot: Profit machen, mehr Kapital konzentrieren. So, wie sie im Frieden den Arbeiter aus der Arbeit vertrieben, so haben sie im Krieg aus dem Blut der Millionen Proletarier im Wasser und dem Tränen ihrer Angehörigen Gold gemischt. Jetzt wird die vergrößerte Ausbeutung durchgeführt.

Nicht nur den Frontkämpfern, die ungeliebt getöteten, hat man die Reichtümer des Krieges gemacht. Will ihnen zusammen fallen auch die Schwerverletzten, die Verwundeten, die Vertriebenen, die solche, die nur noch ein Bein und einen Arm besitzen, in den Fabriken ihrer kapitalistischen Herren zehn bis zwölf Stunden fechten.

Hungerernten und vermehrte Ausbeutung, das ist der Dank für die Blutarbeit auf den Schlachtfeldern.

Dazu kommt noch Kauterant und Kauterant.

Der unterjochensamplurierte Arbeiter, dem man 1914 eine Jahresrente von 72 Mark gemüht, erhält gegenwärtig nur 84 Mark. Dies ist ein Verlust von 12 Mark. Aber hat er den Verlust nicht schon einmal gehabt, getötet mit seinem Blut und seiner Gesundheit, nun nimmt man ihm auch seine Rente, um damit die Kriegsschäden des Weltkrieges abzutragen. Die Abwälzung der Kriegskosten auf die Schultern der Kriegsgeschädigten und Werktätigen fordern die Schmerzbildner und die Vertreter der übrigen Großkapitalisten.

Die deutsche Rente erhielt in Deutschland täglich 50 Pfennig, die nötig mittellose Arbeiter, die in dem gefallenen Sohn den einzigen Ernährer verloren hat, heißt man ab mit einer Hungerrente von täglich 70 Pfennig.

Hinter diesen Zahlen, die durch Beispiele aus anderen Ländern leicht zu erwidern wären, verhält sich die ganze ungeliebte Not, ein gewaltiges Elend der Opfer des Weltkrieges.

Aber nicht nur Reichtümer und Wägen oder sozialpolitischen Einrichtungen, nicht nur vermehrte Ausbeutung durch Belegschaft der Arbeiterschaft liegt aus bevor, hinzu kommt noch die Gefahr neuer Kriege!

Kriegsliche Streitkräfte und Stützpunkten, die uns noch vor langer Zeit, einander wählten der Weltkrieg ist der letzte Krieg gewesen, der verurteilt. Klod George, Pitt, Keynes und andere müssen zugeben, daß gegenwärtig in der wirtschaftlichen Konjunktur der Welt und der internationalen Lage der imperialistischen Großmächte viel größere Gefahren für die Geburt von neuen Kriegen vorhanden sind, als diejenigen waren, die 1914 zum Weltkrieg führten.

Die Zahl der unter Waffen stehenden Soldaten ist größer als 1914, die Rüstungen sind gemittelt als vor zehn Jahren.

Das sogenannte sozialistische England besitzt keine Seestreife durch den Bau von neuen Kreuzern und Zerstörern. Für die kapitalistischen Kämpfer sind noch neue Kriegsschiffe im neuen Staat mit zwei Millionen Pfund Leistung vorzulegen.

Frankreich hatte am 1. Januar 1928 ein Heer von rund 822 000 Mann. Für den Aufmarsch ist die Schaffung von 132 Kampfgeschwadern vorgesehen. Die Luftkräfte soll im Frieden 30 000 und im Krieg 300 000 Mann zählen.

Der kapitalistische Angriff geht weiter

Saarbrücken, 1. Juli.

Aus der Lederindustrie St. Ingbert werden starke Betriebsbeschränkungen gemeldet. Die Fabrikanten werden dem Preisabfall der Händer nicht folgen und durch vermindertes Angebot eine Wille zum Subsidien der Preise durchführen. Die St. Ingberten Lederwerke in St. Ingbert haben der Gesamtheit zum 5. Juli gekündigt.

Vonn, 1. Juli.

Die Deutschen Werke in Siegburg werden ihren Stützbetrieb mit 1000 Mann Beschäftigten stilllegen. Die Leis-dorfer Mannesmann-Werke werden viele Hunderte von Arbeitern aufs Wasser werfen.

Eibersfeld, 1. Juli.

Der Filialbetrieb von Venger & Co. und die Firma Karl Neuhans, beides sächsische Fabriken, haben am Montag 50 Prozent der Beschäftigten entlassen.

Apolda, 1. Juli.

Bei der Mofolabell Apolda sind 75 Mann entlassen worden. Das Werk II ist vollständig stillgelegt. Bei der Firma Balu sind 30 Mann entlassen, bei der Firma Anstalt 20 Mann entlassen. In allen Betrieben Apoldas, außer dem Apolda-Werk, wird vertrieben gearbeitet.

Erfurt, 1. Juli.

In Erfurt setzen jetzt Betriebsstilllegungen in großer Zahl ein. Der Betrieb der Firma H. G. G. (Kochtopf) der H. Wolf & Co. H. G. (Waggonbau) soll am 1. Dezember stillgelegt werden. Zum 1. August soll die Hälfte der Beschäftigten entlassen werden. Bei der Fabrikfabrik G. Ringel H. G. sind 600 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Von vielen anderen Erfurter Betrieben sind zehn, zwanzig und mehr Arbeiter in den letzten Wochen auf die Straße

hina kommt noch die ungeliebte Entwicklung der Kriegsgemeine. In Frankreich allein ist ein Kriegssopfer aus militärischen Ingenieuren und Chemikern gebildet, die neue Mittel für die Kriegsführung zu suchen haben. Die französischen Imperialisten träumen von Indien, die geschonkenfalls in wenigen Stunden Berlin oder London zerstören könnten.

Die Konfliktstoffe häufen sich, die imperialistischen Pläne stellen immer tiefer aufeinander, täglich kann der Krieg ausbrechen zwischen England und Frankreich wegen der Vorherrschaft auf dem Kontinent, die insbesondere von dem berüchtigten Comen des Forges mit allen Mitteln angestrebt wird, oder zwischen Amerika und Japan wegen einer „unfähigen Frage“ des Stillen Ozeans, oder zwischen Frankreich und Italien, Jugoslawien und Bulgarien, Rumänien und Ungarn, Polen und Litauen usw.

Aus wiederum wie vor zehn Jahren stehen die Millionen Proletarier vor der Frage: Was wollen wir tun bei Ausbruch dieses neuen, noch grausameren Krieges, der sich anfängt in den härtesten Rüstungen der kapitalistischen Mächte?

Wir erheben die Frage: Proletarier des Weltkrieges in Deutschland! Glaubt ihr, daß die kapitalistischen Machthaber in Deutschland ruhig zusehen werden, wenn eine neue Ausbeutung zwischen Frankreich und England einbrechen würde? Ein solcher Krieg wird das Signal zum Zusammenstoß auf dem ganzen europäischen Festland sein.

Widerum werden Millionen von Deutschen in den Waffen gefaßt, und dieser Aufbruch wird auch in Deutschland erfolgen.

Und wie es wird die Wiegezahl der Werktätigen die Frage der Vaterlandsverteidigung zugunsten der eigenen Bourgeoisie lösen!

Erinnert Euch an den Ausbruch des Weltkrieges! Noch am 30. Juli erklärten die Arbeiter der verschiedenen Länder gegen den Krieg und doch gegen sie im August wüßte für ihre kapitalistischen Herren an die Front.

Proletarier, Frontkämpfer von gestern!

Soll ich die Schmach des 4. August wiederholen? Sollen wiederum Millionen Verfallene an allen Ecken in die Wägen gezogen werden? Sollen neue Millionen Kriegskriegel gefaßt werden? Wiederum für die Ausbeutung der Kapitalisten? Wiederum für vermehrte Ausbeutung und Knechtschaft? Soll das Proletariat im Weltkriegsopfer erneut verbluten?

Kriegssopfer, Proletarier, Frontkämpfer! Diese Fragen richten sich an jeden einzelnen von Euch. Ihr müßt sie beantworten. Im August d. J. in den Tagen, an denen wir vor zehn Jahren wüßte hineingegangen sind in das vierjährige Gefechen, an den Tagen, die unaufrichtig in unser Gedächtnis geschrieben sind, steht diese Frage erneut auf der Tagesordnung der Geschichte.

Das Exekutivkomitee der Internationale der Kriegssopfer und ehemaligen Frontkämpfer (IWC) hat alle angeschlossenen Sektionen aufgerufen, vom

31. Juli bis zum 4. August Antikriegsdemonstrationen

zu veranstalten.

Diese Kundgebungen, die durch Massenanstrengung und durch internationalen Referenzenaustausch zu gewaltigen internationalen Demonstrationen werden müssen, haben nicht den Zweck, den Weltkrieg wieder „krieg“ anzukündigen, wie es die kriegsgeringsten Herrscher, die Herrscher, die den Krieg aus den kapitalistischen Gegensätzen heraus geboren werden. Solange dieses mit dem Untergang von Millionen bedrohten Epitem nicht beseitigt ist, wird kein unentbehrlicher Arbeiter - Krieg - nicht beseitigt werden können.

Der Kapitalismus ist der Krieg!

Darum Krieg dem Kriege!

Mit dem Auf „Krieg dem Kriege“, wollen wir zum Ausdruck bringen, daß wir frei sind von der Illusion, wie könnten den kommenden Krieg verhindern.

„Krieg dem Kriege“ bedeutet für uns die Herausforderung und Erhaltung einer revolutionären Organisation, die die Zusammenarbeit aller am Kriege teilnehmenden Revolutionäre gewährleistet.

„Krieg dem Kriege“ bedeutet für uns: Ausnutzung des kommenden Weltkrieges zur Weltrevolution, zur Befreiung des Proletariats aus Sklaverei und Knechtschaft und Errichtung des Weltfriedens durch den Bund der von der Herrschaft des Kapitalismus befreiten Staaten der Welt.

Das Exekutivkomitee der IWC.

J. A. Carl Fecht.

Politische Uebersicht

Harrys Mörder angeklagt

Jetzt ist es auch der Schweriner Staatsanwaltschaft gelungen, die Persönlichkeit des in Neubrandenburg von Kriminalbeamten ermordeten Genossen Harry festzustellen. Und Harry ist identisch mit dem Genossen Hans Arno Selmann aus Freiburg in Sachsen, Bauschneiter, geboren am 1. Dezember 1891. Infolge Harrys hat aus bestimmten Gründen den Namen des ermordeten Genossen nicht mitgeteilt. Polizei und Staatsanwalt haben diesen Namen dazu gebraucht. Es scheint, daß auch das diesen Behörden erst dadurch gelungen ist, daß die Witwe des Ermordeten gegen den Staatsanwalt in Schwerin, den Leiter der politischen Polizei und den Wachmeister in Neubrandenburg Strafanzeige wegen Mordes bzw. Verleumdung erstattet hat.

Genosse Harry wurde bekanntlich nach seiner Verhaftung vom dem Wachmeister Fagels durch Schüsse schwer verletzt. Der Leiter der Landesstriminalpolizei, Regierungsrat Wiggers, suchte dann aus dem Schwerinerleichen Ausgüssen gewaltsam herauszupressen und ließ ihn trotz Einspruchs des Arztes photographieren. Alle diese Qualitäten haben den Tod Harrys herbeigeführt.

Wir erwarten selbstverständlich, daß das Verfahren gegen die drei schuldigen Beamten erst ganz nicht eröffnet, lieber aber mit einem Freispruch enden wird. Es bleibt der Arbeiterkraft vorzuziehen, auch diesen Mord an ihrem Kampfen und Kampfgenossen nach Eroberung der Macht selbst zu ahnden.

Die deutschpolitische Regierung in Mecklenburg billigt die Ermordung des Genossen Harry!

Im Landtag in Schwerin wurde eine große Anfrage unserer Genossen über die Ermordung des Genossen Harry behandelt. Genosse Fajler schärfte die Vorteile und verlangte Verhaftung der schuldigen Beamten. Die politische Regierung ließ durch einen Oberregierungsrat erklären, daß das Vergehen der Beamten keinen Grund zur Verhaftung gebe. Die Beamten seien zu ihrer Handlung berechtigt und verpflichtet gewesen. Harry sei nicht ermordet, sondern bei einem Autocrash (!) erschossen. Die Regierung habe keine Verantwortung, sich mit der kommunistischen Presse in eine Polemik einzulassen.

Die Arbeiter im Lande des Ostens müssen sich wohl, warum sie sich mit der kommunistischen Presse in keine Auseinandersetzung einlassen, weil nämlich ihre unverfälschten Kräfte sehr schnell entbillt werden würden.

Neues Anwerben der schwebenden Schul

Das Defizit der Reichsfinanzen

Berlin, 1. Juli.

Der Ausweis der Reichshauptkasse für die zweite Juniwoche weist wiederum ein Defizit von 16 Millionen Gebühre auf. Die schwebende Schuld ist durch Herausgabe von ungedruckten Rentenmarktschuldscheinen von der Summe von 103 Millionen auf 207,7 Millionen Goldmark gestiegen, dem höchsten Betrag seit der Einführung der Rentenmark. Diese Ziffern zeigen die ganze Schwäche der sogenannten „Stabilisierung“. Die Einführung der Goldrente, die die Festigkeit der Reichsfinanzen verunsichern sollte, entpuppte sich als Demagogie über die Luft. Denn die Aktion wird befruchtet durch das Anwerben der schwebenden Schuld und die Herausgabe von Schuldscheinen nach dem berühmten Beispiel Heffers und Hagensheims.

Die „Stabilisierung“ hat nur ein sicheres Ergebnis gebracht: die Verelendung der breiten Massen.

Die Passivität der handelsbilanz

Berlin, 1. Juli.

Die Passivität der deutschen Handelsbilanz verläßt sich suchend. Der Einfuhrüberschuss ist von 194,11 Millionen im Januar dieses Jahres auf 353,96 Millionen im Mai gestiegen. Die wichtigsten Völkern weisen folgendes Bild auf:

Die Einfuhr von Brot, Getreide, Mehl, Fleisch, also der wichtigsten Lebensmittel, ist stark zurückgegangen — ein Beweis für die wachsende Verelendung der breiten Massen. Besonders stark ist die Einfuhrverminderung von Textilwaren, besonders Textilwaren, was dem Umstand zuzuschreiben ist, daß die deutsche Industrie der ausländischen gegenüber nicht mehr konkurrenzfähig ist.

Parallel damit geht die Ausfuhr von Rohstoffen zurück. Ein Beweis für die anwachsende Wirtschaftskrise, in die der deutsche Kapitalismus verdrängt ist.

Die Sozialdemokraten im „Ordnungs“bloß

Regis, 1. Juli.

In Regis fand die Wählervereinsversammlung statt. Zur Wahl standen ein Kandidat der Kommunisten, des Zentrums und des sozialistischen Ordnungsbloßes.

Die Sozialdemokraten stimmten in durchaus richtiger Erkenntnis des Charakters ihrer Partei für den Ordnungsbloßmann. Er erhielt 13 Stimmen, der Kommunist 7 und der Zentrumsmann 5.

Nachdem der Ordnungsbloß gewählt war, erklärte er sofort, er würde die Kandidaten der Sozialdemokraten nicht anerkennen, weil die Kommunisten ungenügend verpflichtet seien.

Der endgültige Zusammenbruch der „linken“ Sozialdemokraten

Am 29. Juni hat in W i d a u, dem Hauptquartier der „linken“ sächsischen Sozialdemokraten der sozialdemokratische Bezirksparteitag stattgefunden. Alle „linken“, die dort geredet haben, haben nicht einmal mehr ein Wort des Protestes gegen die „Erlösung“ der sächsischen Frage auf dem sozialdemokratischen Parteitag gefunden, dagegen machten sie alle in Kommunistische.

In Frankfurt a. M. führte die Stadtverordnetenversammlung die sächsischen Verhandlungen der Geschäftsordnung gegen die Kommunisten ein. Die „linke“ sozialdemokratische Frankfurt „Bolschewik“ billigt in einem langen Bericht gegen die Kommunisten ausdrücklich die neue Geschäftsordnung. Zwischen ihr und dem „Bolschewik“, der die gleiche Verurteilung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung in Halle rechtfertigt, besteht gar kein Unterschied mehr.

Die Stinnes-Lügenkorrespondenz

Kommunisten brechen den Einfluß der Separatisten

Essen, 1. Juli.

Die Telegraphen-Union des Stinnes-Konzerns verbreitet eine Gemeinlage in welcher sie behauptet, daß die Kommunisten keine gemeinsame Sache mit den Separatisten zu machen scheinen. Es soll in Reportagen bemerkt werden sein, daß an Säulen, in welchen aus Kommunisten mehrere Separatisten hervorgegangen sind. Aus Anlaß einer Verammlung sagt die T. U., die Separatistenbewegung mache sich wieder sehr stark bemerkbar. In Wahrheit ist es innerhalb der Arbeiterbewegung so wie vor erledigt, sowohl politisch wie militärisch, zum Teil auch organisatorisch. Die Kommunisten haben den Einfluß der Separatisten in den Betrieben völlig getrocknet, während die Separatisten in solchen Betrieben, wo der sozialistische Einfluß noch nicht überwunden ist.

„Bleibt in den Gewerkschaften!“

Ein Aufruf des Reichstages der Union der Hand- und Kopfarbeiter

An alle oppositionellen Gewerkschafter!

Genossen! Die deutsche Arbeiterkraft hat in den gewaltigen Kämpfen um die Erhaltung des Achtstundentages und der Eisenhüttenindustrie im Bergbau den Beweis für ihren Kampfeswillen erbracht. Die freien Gewerkschaften, die sich in den Händen der Reformisten befinden, weigerten sich, den Kampf der Arbeiter allgemein zu machen, im Gegenteil, sie sabotierten den Kampf.

Das deutsche Proletariat hat eine Niederlage erlitten. Verloren sind die letzten Errungenschaften der revolutionären Kämpfe, der Achtstundentag, die Eisenhüttenindustrie im Bergbau. Neue Vorkämpfe gegen die Rechte der Betriebsräte legen ein, die Fabriken werden geschlossen, Tausende von Funktionären wurden von den Unternehmern gemahngelagt.

Die Kräfte der oppositionellen Gewerkschafter müssen auch wenn sie getrennt marschieren, vereint schlagen, denn das Ziel ist dasselbe:

Umwandlung der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus einem Werkzeug des Burgfriedens und damit der Kapitalisten zu einem Instrument des Kampfes gegen die Kapitalisten.

Der außerordentliche Reichstagskongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter fordert alle revolutionären Gewerkschafter auf:

Bleibt in den freien Gewerkschaften!

Arbeiter in ihnen für die Revolutionierung der Massen und die Eroberung der Organisationen!

Laßt Euch nicht von den reformistischen Spalten aus den Organisationen werfen!

Führt die Unorganisierten wieder den Gewerkschaften zu!

Die Union will keinen neuen Metallarbeiterverband gründen.

Sie will die vielen ausgeschlossenen Gruppen und Zirkelstellen zusammenfassen unter einheitlicher Führung. Auch hier Vereinigung mit der Opposition im Deutschen

Metallarbeiterverband, um die Arbeiter von den reformistischen Führern zu trennen.

Darum: Zusammenarbeiten aller oppositionellen Gewerkschafter in jedem Betrieb, in jeder Industriegruppe.

Die kommenden großen Kämpfe verpflichten uns zu angestrengter jährr Arbeit.

Wir müssen sofort den

Kampf gegen die falschliche Gefahr

aufnehmen. Die Falschlichen bringen in die Betriebe, bilden Werksvereine und Gewerkschaften. Dielem Versuch der Zerlegung des Proletariats muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die falschlichen Zellen müssen zerfallen, der Kampf gegen die Pinkertons und die Zeno muß organisiert werden.

Der Industrieproletariat muß mit den Landarbeitern und den arbeitenden Bauern ein Bündnis gegen die Großkapitalisten und Junker schließen. Die Betriebe müssen sich mit den Bauern, die Gewerkschaften mit den Kleinbauern und Siebergenossenschaften in Verbindung setzen. Die Betriebsräte müssen aktiver wie bisher in den Kämpfen eingreifen. Alle Betriebsräte ohne Unterschied ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit müssen von der Opposition zumammengeführt werden. Energieische Vertretung der technischen Interessen der Belegschaften, Wiedereroberung des Achtstundentages, Organisation des Kampfes gegen die Schließung der Betriebe und für die Arbeiterkontrolle der Produktion sind die Aufgaben des Tages.

Oppositionelle Gewerkschafter, an die Arbeit!

Es ist keine Zeit zu verlieren!

Verzehnfacht Eure Energie, dann wird der Sieg unser sein!

Böchem, den 28. Juni 1924.

Der außerordentliche Reichstagskongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.

Die Rheinlandkommission für die Separatisten

Koblenz, 1. Juli.

Die von Schwurgericht Trier wegen Widerstandes gegen Polizeibeamte und wegen vorläufiger Zügelung des Reblers Marx zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilten Krale und Göck, die an der Separatistenbewegung in Trier beteiligt waren wurden wieder in Freiheit gesetzt. Die Rheinlandkommission in Trier wird geleitet. Jede weitere Verfolgung des Verfahrens wurde von der Rheinlandkommission unterlagert.

Landfriedensbruchprozess in Sirlsberg!

Im Oktober-November v. J. hatten sich in der Zeit der großen Verelendung Arbeiter zusammengefunden, um in Salsbrunn und den umliegenden Orten des Rheinlandes Lebensmittel zu beschaffen. In diesem Trupp geführten sich einzelne Brotfabrikate. In einer Anzahl von Gefößen wurden auch tatsächlich Lebensmittel beschlagnahmt. Deshalb waren jetzt 78 Bergarbeiter aus dem Waldensburger Zuchtgebiet vor dem Schöffengericht in Sirlsberg angeklagt. Selbst der Staatsanwalt (ein weicher Mensch) bezeichnet das damalige Vergehen als Irrtum. 22 Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen unter einem Jahr, die übrigen wurden freigesprochen.

Der Jungdoagitor als Hochstapler

Erfurt, 29. Juni.

Der Führer des Jungdoagitor Ordens und Hochstaplers, der Oberpostdirektor Perlick, einer der mächtigsten Kommunikationsstellen von Erfurt und Gera, hatte sich wegen schweren Amtsmissbrauchs, Unterschlagung und Diebstahls vor dem Gericht zu verantworten. Die nationalsozialistische Bewegung, die sich selbst immer als „Pflichterfüllung der Reichs- und Kommunisten“ vor der Presse bezeichnete, hat selbst in zahllosen Fällen Postpakete und Auslandsbriefe erbrochen und beschlagnahmt. Er erhielt zwei Jahre Gefängnis.

Aufgang der Wölflinge

Von den wölflingartigen Tagelöhnlern in Bayern wird nach der Münchener „Grenzboten“ Zeitung nun auch die Münchener „Deutsche Freiheit“ am 1. Juli für sich einsetzen. Neben dem „Wölfling Kurier“ vertritt allerdings in Bayern ein großer Teil der bürgerlichen Presse die wölflingartigen Auffassungen.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ erscheint wieder

Mit dem 1. Juli ist unser Leipziger Parteiblatt, die „Sächsische Arbeiterzeitung“, wieder erschienen.

Große Parteifunktionär-Konferenzen in sämtlichen Kreisen.

Freitag, den 4. Juli:

Kreis Bitterfeld abends 7 1/2 Uhr in Bitterfeld im „Bürgergarten“.

Kreis Delitzsch um 8 Uhr in Delitzsch im „Sindenhof“.

Kreis Wittenberg um 7 1/2 Uhr abends in Wittenberg bei Trendenberg.

Sonntag, den 6. Juli:

Kreis Liebenwerda um 9 Uhr vormittags in Liebenwerda im „Schlitzhaus“.

Mansfelder Gebirgskreis um 10 Uhr vormittags in Burgdamer-Altdorf bei Barthels.

Kreis Merseburg um 8 1/2 Uhr vormittags in Merseburg in der „Funtzenburg“.

Kreis Torgau um 10 Uhr vormittags in Torgau in der „Waldschänke“.

In diesen Konferenzen sind zum Teil auch verpflichtet: sämtliche kommunikativen Funktionäre, gleichgültig, ob im Parteiparagrafen, in der Gewerkschaft, in der Konsumgenossenschaft oder in einer anderen Organisation tätig. Anwesend sein müssen die Funktionäre sämtlicher Ortsgruppen, die den betreffenden Kreisen angegeschlossen sind.

Herriot räumt das Ruhrgebiet

Die französische Besatzung hat in Wiesbaden in den letzten Tagen die Maßnahmen für die Ausdehnung der Besatzungsbereiche und für Offizierswohnungen beschlagnahmt.

General Mollet hat jedoch erklärt, daß der Vorzug der französischen Besatzungsoffiziere nicht das übliche Maß überschreite.

Aus der Partei

Erfolge der Werbeweche

Neue Zeitung	267	Befeh gewonnen
Rotes Echo	432	„
Aufbau der Arbeiterzeitung Gera	198	„
Sächsischer Volksbote	undefant	„
	697	Befehlsnahme

Für das kommunistische Organ im Elberfeld-Sieger Gebiet, die „Rote Tribüne“, wurden in der Werbeweche 2000 neue Abonnenten gewonnen.

Gewerkschaftsbewegung

Zu was nach Ansicht der Unternehmer die Gewerkschaften da sind!

Der Zentralverband der Daddeder erhielt folgendes Schreiben:

Früh Gregor
Daddedermeister
Gera, Bau- und Wohnbau
Berlin W 87, Culmburg, 24

Am den Zentralverband der Daddeder Deutschlands
Berlin N
Sophienstr. 9

Berlin, den 23. Juni 1924

Es ist von uns festgestellt worden, daß in verschiedenen Betrieben die im Zentralverband organisierten und amtierten Arbeiter an unsere Mitgliedsbesitzer betreten sind und in ultimative Weise Löse von 1 bis 1,50 Mark zu erweisen versucht haben. Geschieht, die sich in einer gewissen Notlage befinden haben, haben den Forderungen der Arbeitermeister leider nachgeben müssen. Die Arbeitnehmer brauchen zum Ausdruß, das für sie jetzt Hochkonjunktur wäre und sie verlangen könnten, was sie wollten.

Wir möchten auf den Schicksalsschmerz der Arbeiterbewegung aufmerksam machen und werden, das daraus unsere Konsequenzen ziehen und bei eotl. ungewohnter Konjunktur daselbe abwärts tun.

Wir sind der Ansicht, wenn die Arbeitnehmer in einzelnen Betrieben derartige Forderungen zum Ausdruck bringen, Ihre Werte Organisation überflüssig ist und werden uns in der am Donnerstags, dem 28. Juni 1924, stattfindenden Generalversammlung darüber schlüssig machen, was wir in dieser Angelegenheit weiter zu unternehmen haben.

Hochachtungsvoll
Früh Gregor

Dieses Schreiben ist ein Schlag ins Gesicht der Amsterdamer arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaftsverbänden. Wenn nach Ansicht des ehrenwerten Herrn Daddedermeisters die Gewerkschaften dazu da sind, in Zeiten guter Konjunktur die Arbeiter von „zu hohen“ Lohnforderungen abzuhalten, so ist diese Forderung nur durch Erfüllung der Forderungen der Arbeiterbewegung zu erreichen. Die Forderungen des Arbeiterwillens der Unternehmer untergeordnet haben. Doch jetzt liegt den Herren Sorge und Besorgnis und nun auch dem Daddedermeister Gregor die Zeit für gekommen, selbst die arbeitgemeinschaftliche Rubhandelei als überflüssig zu bezeichnen. Sie wollen mit den Gewerkschaften nicht mehr verhandeln und die Arbeiter werden baran nur die eine Behauptung hören, daß die Arbeiter Kampfeslust nur durch die Umwandlung der Gewerkschaften in revolutionäre Kampforganisationen erzwungen werden kann.

Bezählte Stiebesdienste!

Der frühere Bevollmächtigte des Deutschen Verbands der Daddeder in Düsseldorf August Bohne, jetzt Sekretär im Konsumverein, legte nach einer Zusammenkunft im Ringwerbe den Daddedermeistern eine Gemeinliche der Daddeder vor. Der Segen, der von den Unternehmern zum Dank für den guten Verlauf der Verhandlungen eine Gemeinliche der Daddeder vor. Der Segen, der von den Unternehmern zum Dank für den guten Verlauf der Verhandlungen eine Gemeinliche der Daddeder vor. Der Segen, der von den Unternehmern zum Dank für den guten Verlauf der Verhandlungen eine Gemeinliche der Daddeder vor.

Der frühere Bevollmächtigte des Deutschen Verbands der Daddeder in Düsseldorf August Bohne, jetzt Sekretär im Konsumverein, legte nach einer Zusammenkunft im Ringwerbe den Daddedermeistern eine Gemeinliche der Daddeder vor. Der Segen, der von den Unternehmern zum Dank für den guten Verlauf der Verhandlungen eine Gemeinliche der Daddeder vor.

Der frühere Bevollmächtigte des Deutschen Verbands der Daddeder in Düsseldorf August Bohne, jetzt Sekretär im Konsumverein, legte nach einer Zusammenkunft im Ringwerbe den Daddedermeistern eine Gemeinliche der Daddeder vor. Der Segen, der von den Unternehmern zum Dank für den guten Verlauf der Verhandlungen eine Gemeinliche der Daddeder vor.

Neues vom Tage

Unwetter-Katastrophe in Amerika

Eine amerikanische Stadt als Opfer eines Wirbelsturms.
Die in Ohio gelegene Stadt Erie ist das Opfer eines furchtbaren Wirbelsturms geworden. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird nach ersten Nachrichten auf 100 Personen darüber folgende Meldungen vor:
Cleveland (Ohio), 30. Juni. Berichten zufolge hat ein Tornado die ganze Erie County umgewälzt, doch ist infolge der Zerstörung der Telefon- und Telegraphenverbindungen eine Bestätigung nicht möglich. 300 Menschen sollen getötet und 500 verwundet sein. Beim Einsturz des Theaters allein sollen 50 Personen getötet und 100 verwundet worden sein.
Cleveland (Ohio), 30. Juni, 1 Uhr früh. Der Wirbelsturm löste ein Gebiet von 60 Meilen Ausdehnung von Cleveland an den Ufern des Erie-Sees entlang bis Sandusky heim. In Lorain, welches der Mittelpunkt des vom Wirbelsturm heimgesuchten Gebietes ist, wird die Zahl der Getöteten auf 250 und der Schwerverletzten auf 12 Millionen Dollars geschätzt. Aus dem eingestürzten Theater wurden bereits 165 Weibchen geboren. Aus Sandusky wird gemeldet, daß der am Wälder getötete Teil der Stadt getötet wurde. Mehrere Personen wurden getötet. Sämtliche Populitäre sind überflutet.

Zu der Unwetterkatastrophe in Nordamerika wird gemeldet, daß die Gesamtzahl der Getöteten nunmehr auf 100 angegeben wird, und zwar kamen 50 Personen in Lorain ums Leben, von denen das 25 Meilen nördlich von Lorain, im State alle Personen, die sich an den Ufern des Erie-Sees befanden, in die Wasser, doch konnten diese, dem Vernehmen nach, sämtlich gerettet werden.
Der Wirbelsturm, der die Häuser ganzer Straßenzüge von Lorain mit einem Schlage abdeckte, war von einem Sturzregen begleitet, der die Rettungsarbeiten außerordentlich erschwerte. Man befürchtet, daß der Dampfer, der den Verkehr auf dem Erie-See verkehrt, und zur Zeit des Sturmes von Sandusky an Bord hatte, infolge des Unwetters gesunken ist. Neben Lorain hat auch die Stadt Erie in schwer gelitten. Auch in der Ortschaft Sandusky sind 20 Personen ums Leben gekommen.

Tote in Pennsylvania

Cleveland, 30. Juni. Mehr als 20 Tote in Staats Ohio infolge des Wirbelsturms am Sonnabend, wurden im Staats-Inspektorat 10 Menschen getötet. Man glaubt, daß noch zahlreiche Leichen unter den Trümmern liegen.
Schweres Unwetter auf dem Giesfeld.
Heiligenstadt. Am Freitagabend entlief sich unter großen Winden und gegenüberstehenden Donnererschlägen über den Fluren von Giesfeld, Schachbisch, Mengersrode, Gierrode, einem Teil von Heiligenstadt und Gierrode ein schweres Gewitter. Die Felder sind freckenweise wie gemalt. Vermutlich sind vor allem weite Kornfelder, Winterernte und Weizen. Das Vieh liegt in den Wäldern auf der Straße. Sehr groß ist der Schaden an beiden Seiten der Chaussee nach Gierrode. Dort steht auf manchem Acker kein ungeschädigter Baum mehr. In Gierrode lagen am Sonnabendvormittag noch große Eisenbahn. Die Bewohner berichten, das Krachen der Hagelkörner in der Größe von Tauben- und Hühner- eiern sei fürchterlich gewesen. Viele Fensterböden sind zertrümmert, kein Dachziegel ist ganz geblieben. An der Straße nach Gierrode haben die Eisenbahn die Durchfälle zerstört, so daß das Wasser über den Bahndamm geflossen ist. In Heiligenstadt folgte der Hagel in ein zweites Mal Regen, ein ohne Ende zu günden.

Schiffung auf dem Saß. Dieser Tag liegt auf dem Saß in der Nähe der Zellulosefabrik der Dampfer „Grens“, der mit Wasser aus dem Saßsee kam und nach dort zurückkehrte, auf dem Dampfer „Beethoven“ auf der hinter dem Maschinen getroffen wurde. Das Schiff wurde fast völlig durchschlagen und sank in wenigen Minuten. Die Mannschaft konnte mit Inoper Hot geteilt werden. Der Dampfer „Grens“ erhielt ein mittergroßes Loch am Vorderende über der Wasserlinie. Da auf dem Saß belagerten Dampfer „Grens“ eine Fahrt ausbrach, geriet auch dieser in große Gefahr. Der Mannschiff gelang es, die Gefahr zu vermeiden, auf dem Dampfer „Beethoven“ liegt bis an den Scherstein im Wasser.
Ein dänischer Dampfer gesunken. Der von Kopenhagen abgegangene dänische Dampfer Thor ist im Sund südlich von Kopenhagen gesunken und gesunken. An Bord befanden sich außer der Besatzung von 8 Mann 12 Passagiere aus Kopenhagen und eine aus drei Personen bestehende Familie aus Copenhagen. Mehrere Dampfer eilen sofort zur Hilfe herbei. Ein schwedischer Dampfer rettete drei Mann der Besatzung sowie fünf Passagiere, darunter drei Knaben. Ein Mann der Besatzung war bereits tot. Ein

anderer schwedischer Dampfer hat wahrscheinlich drei Personen gerettet. Das Schicksal der übrigen ist noch unbekannt.

Autounfall bei einer Gesellschaftsfeier der Zeitungsgesetzler. Bei Gemeritagen (Sohngestern) luden mehrere Automobilisten mit Teilnehmern an der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsgesetzler durch. In einer klaren Gasse mußte der vordere Wagen rasch anhalten, er überfuhr sich und die Insassen kamen unter das Automobil zu liegen. Sie wurden verletzt, darunter Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Berg, der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsgesetzler, ziemlich schwer. Verletzte Hilfe war rasch zur Stelle. Dr. Krumbhaar wurde im nachfolgenden Automobil vom Hof, Wolff nach Samaringen gebracht.
Ein geistiger Unmuthung die Tochter erschließen. Die Kriegervilma Heeren in Pore a. E. erlitt in geistiger Unmuthung ihre im Wert liegende 15jährige Tochter. Ihr eifriger Sohn, dem das gleiche Schicksal zugefallen war, konnte sich durch die Flucht retten. Die seit langer Zeit verabschiedete Frau wurde sofort in die Heilanstalt Jerchow gebracht.

Drei Personen beim Baden ertrunken. Im großen Seebäder See (Strandbäder) sind beim Baden ein Arbeiter und ein Mädchen ertrunken. Die Verstorbenen sind beide erkennbare Ursache pflanzlich von der Oberfläche. Man nimmt an, daß ein Wirbel beide in die Tiefe gezogen hat.
Großes Schadenfeuer. Ein großes Schadenfeuer hat in der letzten Nacht die Gubener Eisenbahnwerkstätten heimgesucht. Der Brand war in der etwa 5000 qm großen Waggonmontagehalle und Radierer ausgebrochen, es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Die Montagehalle ist völlig mit demselben Inhalt, darunter etwa 20 bis 30 zur Abfahrt bereiteten Personenzüge verbrannt; der Material- und Gebäudebestand dürfte infolgedessen auf 1 1/2 Millionen Mark zu beziffren sein. Die Befehlshaber der Halle wird einweilen weiter beschäftigt. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Eine gefährdete Stadt. Nach Mitternachts aus Oelsitz in Geringe Hand infolge der außerordentlich hohen Regenfälle im Sonntag und Montag der ganze mittlere Giesfeld unter Wasser. Da die Stadt durch die großen Schotterbetten untergraben ist und der mittlere Stadteil bereits eine erhebliche Senkung erfahren hat, sammeln sich die Wasserengen in der Nähe des Weiterhauses, dessen Umgebung einem See gleich. Infolge der Erdbebenwirkungen zeigen die Häuser große Risse, und die Schotterermattungen haben sich gesunken, welche die Bewohner zum Verlassen der Wohnungen zu veranlassen. Es steht zu befürchten, daß der gesamte Stadteil eines Tages dem Erdboden verfallen wird. Weitere Sentenzen wurden an der Behörde Stollberg-St. Giesfeld festgestellt. Es wird mit allen Kräften daran gearbeitet, weitere Sentenzen zu verhindern.

Ein fährliches Gefährlich. Ein Unbekannter ludte sich bei dem Händler in einem Nachbarort von Gera ein neues Fahrrad zum Preise von 100 Mark. Er prüfte in die Abtheilung und beschloß, mit einem rasch verfertigten 200-Mark-Wagenmittel, auf welches ihm der Fahrradhändler auch noch 40 Centner zum Kauf gegeben hat, so daß der Käufer für nichts ein neues Fahrrad und auch noch 40 Mark dar erhielt.
Eine Fähr-Geprehen vertrieben. Nach Nachrichten aus Kairo wird eine von der Soldaten-M.A. in die Wüste entlassene Aufnahmepedition vertrieben. Nachforschungen sind eingeleitet.

Ein fährliches Gefährlich. Ein Unbekannter ludte sich bei dem Händler in einem Nachbarort von Gera ein neues Fahrrad zum Preise von 100 Mark. Er prüfte in die Abtheilung und beschloß, mit einem rasch verfertigten 200-Mark-Wagenmittel, auf welches ihm der Fahrradhändler auch noch 40 Centner zum Kauf gegeben hat, so daß der Käufer für nichts ein neues Fahrrad und auch noch 40 Mark dar erhielt.
Eine Fähr-Geprehen vertrieben. Nach Nachrichten aus Kairo wird eine von der Soldaten-M.A. in die Wüste entlassene Aufnahmepedition vertrieben. Nachforschungen sind eingeleitet.

Arbeiter-Sport

2. Kreis, 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Gesamtwahl am 17. August in Wansleben a. See
Die Wett-Turner und Kampfsportler sind an die Gruppenwartung mit 20 Pf. Startgeld zu melden. Die Gruppenwartung melden dies an Karl Wagner, Wansleben a. See (Erding).
Die Anmeldungen der Teilnehmer sind zu richten an Emil Hoffmann, Wansleben a. See (Erding). Die Wett-Turner der Wett-Turner sind die Wettkämpfer der Wett-Turner, die Wett-Turner sind zu melden an Karl Wagner, Wansleben a. See (Erding).
Der Wett-Turnerwart, Friedrich Mengel.
Kannernreihe des Arbeiter-Turnvereins Kleinmittenberg.

Der Arbeiter-Turnverein hat am Sonnabend gezeigt, daß er in der Lage ist, etwas zu leisten. Die Freilübungen, Tanz, Gedächtnis- und sonstige, alles fluppe verläuft, die Aufstellungen waren gediegen in jeder Beziehung. Besonders lobend fanden das Herdrehen, das Turnen, das Turnen am Pferd und die Koffelübung. Wenn man sich diese Dinge ansieht und dann den Tanzboden mit seinen Schlägen und Wackelübungen damit vergleicht, kann man einfach nicht verstehen, daß der Tanzboden noch so viel Aufmerksamkeit besitzt. Gleichwohl war es für die Arbeiter-Sportler, daß sie an zwei Orten auftreten mußten. Daß die Pädagogen (sowie Ausnahmen beiläufig die Regel) es nicht für nötig befanden haben, der Entladung solche zu leisten, zeigt diese Herr-

schaften in ihrem wahren Geiste. Es fehlten wohl die Stahlhelme und die wasserabweisenden Beine sowie die „markigen“ Beine von Arbeiter-Sportler? Daraufhin wurde der Tanzboden nach dem Arbeiter-Sportler eingedockt. Was leicht aus der Verlauf dieses Festes? Es muß unbedingt versucht werden, alle Arbeiter für alle langfristigen Arbeiter, die sich in bürgerlichen Vereinen herumdrücken, wo sie nicht zu lachen haben. Außerdem darf der Sport nicht Selbstzweck werden, sondern mit ein Mittel werden des Klassenkampfes. Wirte müssen zur Zeit werden. Am Sonntag fand die Veranstaltung statt. Nachdem schon am Samstag die Turner ihr Bestes gegeben in der Vorbereitung von guten Leistungen, war der Umzug, an dem 600 bis 800 Personen teilnahmen, ein Ausbruch der Stärke der Arbeiter-Sportler. Besonders fiel das starke Trommorkorps auf. Die Sonnenschein fand auf dem Arbeiter-Turnplatz statt. Nachdem einer der Gründer des Vereins Worte der Begrüßung gesprochen hatte, hielt der Generalsekretär die Rede über die Arbeit.

Kreislauf. Der Reichs-Arbeiterparlament, welcher am Sonnabend und Sonntag hier stattfand, nahm seine Arbeit zu Ende. Schon der am Sonnabend im Tafelhof des Hofhotels stattgefundene Abend, welcher überaus gut besucht war, wies sehr schöne Leistungen auf. Am Sonntagvormittag wurde der Tag mit einem Sturmlauf eingeleitet. Der Nachmittag begann mit einem Umzug von etwa 150 Arbeiterpartnern, eine verhältnismäßig große Zahl. Dann folgten bei einem sehr schönen Sonnenschein die am Sonntagvormittag stattgefundene Wettbewerbe mit guten Leistungen. Abends fand im Hofhof Tafel statt. Dieser Tag wird die Arbeiterpartei wegen zweifelslos ein Stück vorwärtsbringen. Zu bemerken sei noch, daß in Zukunft die Arbeiterpartei mehr Solidarität zeigen und in alle Brüder hinterher zurückzuführen denken müssen.

2. Kreis, 6. Bezirk des Arbeiter-Turn- und Sportbundes
Gesamtwahl am 17. August in Wansleben a. See
Die Wett-Turner und Kampfsportler sind an die Gruppenwartung mit 20 Pf. Startgeld zu melden. Die Gruppenwartung melden dies an Karl Wagner, Wansleben a. See (Erding).
Die Anmeldungen der Teilnehmer sind zu richten an Emil Hoffmann, Wansleben a. See (Erding). Die Wett-Turner der Wett-Turner sind die Wett-Turner, die Wett-Turner sind zu melden an Karl Wagner, Wansleben a. See (Erding).
Der Wett-Turnerwart, Friedrich Mengel.
Kannernreihe des Arbeiter-Turnvereins Kleinmittenberg.

Der Arbeiter-Turnverein hat am Sonnabend gezeigt, daß er in der Lage ist, etwas zu leisten. Die Freilübungen, Tanz, Gedächtnis- und sonstige, alles fluppe verläuft, die Aufstellungen waren gediegen in jeder Beziehung. Besonders lobend fanden das Herdrehen, das Turnen, das Turnen am Pferd und die Koffelübung. Wenn man sich diese Dinge ansieht und dann den Tanzboden mit seinen Schlägen und Wackelübungen damit vergleicht, kann man einfach nicht verstehen, daß der Tanzboden noch so viel Aufmerksamkeit besitzt. Gleichwohl war es für die Arbeiter-Sportler, daß sie an zwei Orten auftreten mußten. Daß die Pädagogen (sowie Ausnahmen beiläufig die Regel) es nicht für nötig befanden haben, der Entladung solche zu leisten, zeigt diese Herr-

schaften in ihrem wahren Geiste. Es fehlten wohl die Stahlhelme und die wasserabweisenden Beine sowie die „markigen“ Beine von Arbeiter-Sportler? Daraufhin wurde der Tanzboden nach dem Arbeiter-Sportler eingedockt. Was leicht aus der Verlauf dieses Festes? Es muß unbedingt versucht werden, alle Arbeiter für alle langfristigen Arbeiter, die sich in bürgerlichen Vereinen herumdrücken, wo sie nicht zu lachen haben. Außerdem darf der Sport nicht Selbstzweck werden, sondern mit ein Mittel werden des Klassenkampfes. Wirte müssen zur Zeit werden. Am Sonntag fand die Veranstaltung statt. Nachdem schon am Samstag die Turner ihr Bestes gegeben in der Vorbereitung von guten Leistungen, war der Umzug, an dem 600 bis 800 Personen teilnahmen, ein Ausbruch der Stärke der Arbeiter-Sportler. Besonders fiel das starke Trommorkorps auf. Die Sonnenschein fand auf dem Arbeiter-Turnplatz statt. Nachdem einer der Gründer des Vereins Worte der Begrüßung gesprochen hatte, hielt der Generalsekretär die Rede über die Arbeit.

Unsere Leser
bitten wir, den Abonnementsbeitrag möglichst in den ersten Tagen des Monats an unsere Trägerinnen zu entrichten. Der Verlag

Saison-Ausverkauf

Wir bieten diesmal Außergewöhnliches, weil in allen Abteilungen

Gewaltige Preis-Ermäßigungen

vorgenommen worden sind. Bei dieser Ausverkaufsveranstaltung handelt es sich nicht etwa um den Verkauf einer Anzahl billiger Artikel; fast unser gesamtes Lager ist nach den Grundrissen eines Räumungs-Ausverkaufes gewaltig heruntergezeichnet, und die besten Waren am meisten. Da unser Haus dafür bekannt ist, daß wir nur erstklassige Waren führen, so bietet der Einkauf bei uns besonderen Vorteil, die Güte macht's, nicht allein der Preis

Auf sämtliche Artikel, die als herabgesetzt nicht gekennzeichnet sind, geben wir während der Ausverkaufstage einen hohen Rassen-Rabatt

Um den Kunden die Preisvorteile zu sichern, legen wir gekaufte Waren bei Anzahlung bis 2 Wochen zurück

A. Goldstein, Fiedler

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240702-18/filename/page=0008

Politische Ueberzicht

Ludendorff greift an!

(Sig. Drahtber.) Rubanbenburg, 1. Juli.
Hier fand ein „Deutscher Tag“ der Reichshauptstadt, unter per-
wähliger Anwesenheit von Ludendorff und Balle, statt. Mehrere
Genossen hatten zu einer Gegenandienung aufgerufen. Die An-
teilerdemokraten zogen unter dem Geleit der „Internationale“
des Faschisten entgegen und wurden von der Schutzpolizei und den
Faschisten mit Waffengewalt angegriffen. Eine Anzahl unserer Ge-
nossen wurden durch Stichwunden verletzt.

Das Einbild der deutschen Republik: Jares und Seve-
ria verließen den „Reichs Arbeiterkongress“, Jares,
Geering und alle kleineren Regierungsmänner unterbrachen mit
Waffengewalt jede Arbeiterandienung und hielten die Spiralen in
alle Arbeiterpartei, um „Schuldige“ festzustellen und einzu-
sperren, während nationalsozialistische Kundgebungen, Schläger-
truppen und Regimentsführer der Reaktion an der Tagesordnung und er-
laubt sind.

Ludendorffs Empfang bei den Weiminger Arbeitern

Weimingen, 1. Juli.
Am 27. Juni, nachmittags, traf hier Ludendorff ein. Er wurde
vom Bahnhof der Profische vom Herzogspalast abgeholt. Circa
50 Handwerker waren erschienen, die auf den Massenmörder ein
Seil ausstreckten.

Als Ludendorff um 1 Uhr wieder zum Bahnhof kam, um nach
Berlin zu fahren, wurde er von revolutionären Arbeitern erwartet.
Als er die Treppe hinunterging, wurde er von einem Mann mit
Messer und Pistole angegriffen. Der Mann schrie: „Ludendorff
ist ein Feind der Arbeiter!“ Ludendorff wurde verletzt und
auf einen Krankenwagen gebracht. Die Arbeiter verlangten, dass
Ludendorff inhaftiert werde und dass die Arbeiterorganisationen
sich zusammenschließen, um die Regierung zu stürzen.

Vor dem Bahnhof patrouillierte eine Abteilung Reichswehr, mit
Revolvern bewaffnet, um Ludendorff zu schützen.

Faschistenorganisationen von Reichswehrkommando gegründet!

Die vom General Maeder angeführte Vereinigung ehemaliger
Frontkämpfer veranstaltete in Weizig eine Feier, bei der der Vor-
sitzende erklärte, dass man sich nur an die Interessen des Reichs-
wehres machen muss, um eine Selbstorganisation
aufzubauen. Die Organisation soll die Interessen der Arbeiter
wahren und die Regierung stürzen. Die Organisation soll die
Interessen der Arbeiter wahren und die Regierung stürzen.

Vor der Verschärfung des bayrischen Zweiges der Reichsbahn

Die Hakenkreuzler wollen ungehindert für die Kapitalisten
arbeiten

München, 1. Juli.
Bei der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses des Lan-
des, bei der u. a. die Angelegenheit des bayrischen Zweiges der
Reichsbahn zur Sprache kam, wurde durch die Hakenkreuzler
eine Verschärfung der Reichsbahn an irgendeiner privaten
kapitalistischen Gesellschaft vorzunehmen, ohne von den Kommunisten
als Selbstschutzes des Unternehmens entlastet zu werden. Der
Antrag des bayerischen Blocks entfällt nur dessen Rolle als Ver-
treter des Kapitalismus. Mögen die verarmten Kleinbürger, die
immer noch Beil und Segen von den extremen Nationalisten er-
warten, sich ihren Kampf gegen die Lohnempfänger zur Warnung
dienen lassen.

Gegen das Verbot der „Roten Fahne“ und den Belagerungszustand!

Berlin, 2. Juli.
Die kommunistische Fraktion im preussischen Landtag hat folgen-
den Antrag eingebracht:

1. Auf Grund der neuen Verfassung des Reichspräsidenten
Gehrs ist die Berliner „Rote Fahne“ nicht kopfplattiert auf die
Dauer von zwei Wochen wegen eines Artikel, der sich gegen den
individuellen Terror wendet, von dem Innenminister Geering ver-
boten worden.
- Der Landtag wolle beschließen:

1. das Verbot der „Roten Fahne“ nicht kopfplattiert sofort auf-
zuheben,
2. das Staatsministerium zu erlauben, die sofortige Aufhebung
der Verordnungen Gehrs über Presseverbote zu verlangen,
3. das Staatsministerium zu erlauben, von der Reichsregierung
sofortige Beendigung des Belagerungszustandes zu verlangen.

Ein neues Schandurteil der Klassenjustiz

Bayern, 1. Juli.
Wie die Blätter melden, wurde im Prozess wegen der Anwesen-
heit im Mai vorigen Jahres, die den Tod zweier Weiminger zur Folge
hatte, am Sonntag das Urteil gefällt. Es erhielt Frau Witt-
weib als „Mittelstufenerin“ 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Nicht
weniger Angeklagte wurden wegen Mordes und Landfriedens-
bruchs zum Tode verurteilt. Die Angeklagten wurden zu 1 1/2
Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Programmfrage

auf dem 5. Weltkongress

Rylovs Bericht über die russische Wirtschaft

Moskau, 27. Juni.
Am 27. Juni in der Vormittags Sitzung referierte
Genosse Rylov

über die Programmfrage. Die Aufnahme von Teilforderungen ist
von 4. Kongress entgegen der Programmfrage programmatisch gefordert
worden. Die Programmfrage wird besonders behandelt. Der
Referent meint, der Weltkongress solle einen Programmtext
annehmen und als Programmtext allen Parteien zur Diskussion
zuleiten. Das Programm kann schon ausgearbeitet werden. Dies
bedeutet theoretischer Skeptizismus. Das 4. Weltkongress ist
unberechtigt. Was ist die Theorie, welche der 4. Weltkongress
belegte, müsste die Weltkongressfrage programmatisch gefordert
werden. In der Sozialdemokratie ist eine Rückkehr zur vor-
marxistischen, idealistischen, utopischen Philosophie be-
merkbar. Selbst in der kommunistischen Partei Italiens ist eine
Theorie aufgetaucht, die als idealistischer Voluntarismus bezeichnet
werden kann. Selbst in der KPD, laienhafte theoretische Abweichungen
in der Richtung der agnostischen Politizismus auf.

Die Kommintern bezieht sich zum revolutionären materialistischen Marxismus als Weltanschauung

Es ist bemerkenswert, daß sich auf dem Gebiete der ökonomi-
schen Theorie eine Rückkehr zur Theorie der 2. Internationa-
le bemerkbar macht. Es ist als Verfall nicht möglich, es ist
aber merkbar, daß das theoretische Organ der KPD, die „Inter-
nationale“, seinen Artikel abdruckt, der die Regierung totalitärer
Extraprofit, Regierung der Rohmaterialien der Arbeiterklasse
frucht enthält und der die Profittheorie während des Krieges
als Rechtfertigung des imperialistischen Krieges, die
Produktionsprozesse, was eine interrevolutionäre
Lehre ist, vertritt. Mit solchen Theorien kompromittierte die
deutsche Partei ihre richtige politische und tatsächliche Orientierung.
Das Programm müßte hervorheben, daß der Kapitalismus nicht
nur den Zusammenbruchprozess durchmacht, sondern auch manchen
Reorganisationprozess durchmacht. Nationale revolutionäre Be-
wegungen dürfen nicht als isoliert betrachtet werden, sondern als
Teile des Prozesses der Weltrevolution.

Das Programm sollte hervorheben, daß nach der Wachtterstellung
durch das Proletariat eine Verkleinerung der Reproduktion
der Widersprüche eintritt, welche Widersprüche sich im
Kapitalismus immer vergrößern. Während der Überlegungsperiode
müßte das Proletariat mit einem gewissen Teile des Bauern
einen Block bilden und diesen Block der Großgrundbesitzer und
der Großbourgeoisie entgegenstellen. Die Weg ist die einzige richtige
Politik der Überlegungsperiode, da während der Überlegungsperiode
noch Kleinproduzenten existieren. Die Hegemonie des Proletariats
müßte auf wirtschaftlichen Gebieten bewahrt bleiben. Während
der Überlegungsperiode müßte das Proletariat durch die sozialisierte
Wirtschaft auf dem Wege der Konfusion verdrängt. Dadurch ent-
steht eine neue Form des Klassenkampfes durch Markt Konkurrenz.
Die Weg ist die neue Form des Klassenkampfes auf dem wirtschaftlichen
Gebiet. Die planmäßige Wirtschaft wird im Leben nahe
verwirklicht, wie die Entwicklung des sozialisierten Wirtschaftstelles
festhält. Kleinproduzenten können auch durch Genossenschaften
zum Sozialismus geführt werden.

Der Kriegskommunismus war nur eine Korrektur zur Weg, was
die Folge des politischen Kampfes, war politisch zweckmäßig. In der
Agrarfrage sind wir prinzipielle Anhänger des Grob-
betriebes, da wir aber das Bauerntum als Bundesgenossen
brauchen, sind wir für die Bodenreform. Die Bodenreform
theoretische Fragen ist immer ein Zeichen des Opportunismus ge-
wesen. Die Parteien müßten den Programmtext gründlich durch-
diskutieren.

Moskau, 28. Juni.
Am 27. Juni fand eine Nachmittags Sitzung im „Volksklub“
mit Teilnahme von Moskauer Arbeiterorganisationen. Nach
Zuleben von Rylov wurden die Beschlüsse des Weltkongresses
in der Partei und in den Arbeiterkreisen begeistert über-
nommen, jedoch mit Gelang der „Internationale“.

Ungarn

Die Entwicklung ist rascher als in den kapitalistischen Staaten,
wenn auch die Ergebnisse bescheiden sind. Die weiterentwickelnde
Industrie entwickelt sich rasch.

Die Elektroindustrie erreichte 90, die Eisenproduktion 100 Prozent der Friedensproduktion

Die weitere Entwicklung hängt von der Aufnahmefähigkeit des
Marktes ab. Langsamer ist die Entwicklung der Metall-
industrie. In der Kohlenindustrie besteht sogar eine
Überproduktion. Der Rohstoffexport erreicht die Friedenshöhe.
In diesem Jahr wird die verstaatlichte Industrie 40 Millionen
Rubel Ueberschuß ab.

Die Bilanz des Jahresablaufs ist mit 100 Goldmillionen aktiv.
Die Industriearbeiter müßte häufig und beläuft sich gegen-
wärtig auf 1.600.000 Betriebsarbeiter, außer den Post- und
Eisenbahnarbeitern. Ein schweres Problem ist die Arbeitslosigkeit,
obwohl nur 25 Prozent der Erwerbslosen Industriearbeiter sind.
Die Hauptursachen der Erwerbslosigkeit sind: der Abbau der Staats-
industrie, die Rückwanderung der Arbeiter aus den Dörfern nach
den Städten, die Demobilisierung der Roten Armee. Die Erwerbs-
losen erhalten 18 Prozent des Lohnes als Unterstützung. Die Er-
werbslosigkeit wird durch öffentliche Arbeiten und durch die Hebung
der Industrie bekämpft. Das Lohnniveau erreichte 70 Prozent der
Friedenslohn, was nicht ideal ist, aber immerhin einen Fortschritt
bedeutet. Es liegt eine Lohnherabsetzung für die Eisenarbeiter und für
die Textilarbeiter bevor. Die Produktivität der Arbeit wächst.

Die bayrischen Bergarbeiter betrogen!

Die bayrischen Bergarbeiter hatten eine allgemeine Lohnherabsetzung
und die Beschäftigung von 6000 in der Arbeitszeit (12 bis 14 St.)
verlangt. Als recht hohe Forderungen. Der Arbeitgeberverband
beantwortete das Verlangen mit der Schließung der Zechen am
1. Juli, wenn die Forderungen aufrechterhalten würden, denn die
Unternehmer seien arm wie die Kirchenmaus.
Folgender Vergleich kam zustande:
„Die am 28. Juni 1924 ausgeprochene allgemeine Abänderung
der Beschäftigung wird unter folgenden Voraussetzungen zu-
gelassen:
1. Das Arbeitsverhältnis vom 2. Januar 1924 bleibt bis auf
weiteres in Kraft und kann nur durch Einbeziehung einmütiger
Stimm der am Monatsende gefällig werden.
2. Die Arbeitgeber hat bereit, Betriebsräte über den Beschäftigung
zustand in der Lohnzeitung und in der Lohnzeitung
berichten zu lassen.“

aparate, die Rückwanderung der Arbeiter aus den Dörfern nach
den Städten, die Demobilisierung der Roten Armee. Die Erwerbs-
losen erhalten 18 Prozent des Lohnes als Unterstützung. Die Er-
werbslosigkeit wird durch öffentliche Arbeiten und durch die Hebung
der Industrie bekämpft. Das Lohnniveau erreichte 70 Prozent der
Friedenslohn, was nicht ideal ist, aber immerhin einen Fortschritt
bedeutet. Es liegt eine Lohnherabsetzung für die Eisenarbeiter und für
die Textilarbeiter bevor. Die Produktivität der Arbeit wächst.

Die Beteiligung des Privatkapitals an der Industrieproduktion beträgt nur 4 Prozent

Die Wiederherstellung der Betriebsbedingungen geht langsam vor-
wärts. Der Bau der ersten neuen Fabriken ist erst in diesem Jahr be-
gonnen worden. Die Elektrifizierung macht Fortschritte. Im
kommenden Jahr wird eine Reihe neuer Stationen eröffnet. Alles
dies geschieht aus eigener Kraft und wird ohne ausländische Kredite
erreicht. In der Konsumgüterproduktion sind wir vorwärts
gegangen, da wir auch aus eigener Kraft vorwärts kommen. Wir
stimmen nur zu günstigen Konzeptionen zu. Die Weg ver-
stärkte das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern.

Die Unzufriedenheit erreichte 60 Prozent der Friedenszeit

Die heutige Ernte ist durchschnittlich wie im Vorjahre. Weltweit
wird sie um 20 bis 30 Millionen Tsd. geringer, was bei 2 Milliarden
Tsd. Getreidemenge nicht ausgleichend ist. In Sibirien und im
Moskauer Gebiet ist die Ernte vorzüglich, im deutschen Wolgarebiet,
im Gebiet Jaroslav und im Uralgebiet ist eine Mäßigkeit wie 1921.
Alle entsprechenden Maßnahmen zur Ernährung und Versorgung
der Bevölkerung sind im Gange und werden im nächsten Jahr
erfolgreich sein. Die Preise der Industrieprodukte sind um 25 Prozent
gestiegen, dagegen die Lebensmittelpreise um 60 Prozent ge-
fallen, wodurch die Lage erfolgreich bekämpft wird. Eine
Wirtschaftskrise ist während der Überlegungsperiode nicht ausgefallen,
jedoch sind die Kaufkraft für die meisten Kaufkraft gering. Der Er-
folg der Finanzpolitik ist im Bereich der Wirtschaft der Wirt-
schaft. Der Staat hat sich mit administrativen Maß-
nahmen, sondern mit Hilfe der Bauern der staatlichen Handels-
genossenschaften bekämpft. Das Budget müßte für die nächsten drei
Jahre sein Budget auf, obwohl keine Kapitalverpflichtung festhalten.
Die Weltkongress ermöglicht die Entwicklung größerer Planmäßigkeit
seit in der Wirtschaftskrise. Der Referent hofft, daß die Komple-
tion der Arbeiterklasse einen Aufschwung auslöst, in dem der
Sozialismus geht vor.

Hieraus schließt Rylov ausführlich den Verlauf der Partei-
entwicklung. Die Partei hofft, daß die Arbeiterklasse eine Einigung
der Partei heranzuführen. Diese Hoffnung wird niemals erfüllt
werden. (Stürmischer Beifall.)
Hieraus Begrüßungsansprachen der Moskauer Betriebsdele-
gationen, welche die völlige Solidarität mit dem Standpunkt der
Zentrale betonen.

Moskau, 28. Juni.
In der Vormittags Sitzung am 28. Juni referierte
Genosse Rylov

über die Programmfrage und schloß die Verlauf der Diskussion
in der Programmkommission. Die Weg ist als Periode der prole-
tarischen Revolution, die die Arbeiterklasse der Arbeiterklasse. Die
Hauptthesen der Weg sind: Kapitalistische Verdrängungsmethode,
Beherrschung der Weltform, der Technik, der Banken und Börsen,
was schon von Marx vorausgesehen wurde. Der Kriegskommunis-
mus wird auch in demselben Maße angewandt werden, wie ihn die
Kämpfe zur Unterordnung der Bauernschaft unter die Arbeiterklasse
erforderte. Die Arbeiter und der Kriegskommunis-
mus werden in verschiedenen Ländern verschiedene Formen an-
nehmen.

Was die Schichtung der Arbeiterklasse angeht, hebt das Pro-
gramm hervor, daß die Entwicklung die Tendenz hat, die Arbeit-
erklasse innerhalb der Arbeiterklasse aufzuheben. Wegen die bürger-
liche Agrarfrage gibt die Kommintern die Lösung aus: Bodenver-
teilung an landarme Bauern ohne Entschädigung der Großgrund-
besitzer.

Die Genossenschaft zwischen Arbeitern und Bauern bezüglich der
Bodenreform ist geringe, als der Gegensatz zwischen den
Großgrundbesitzern und den Großkapitalisten. Nationale Be-
wegungen müssen den internationalen Klassenkämpfen untergeordnet
werden. Neben dem Selbstbestimmungsrecht fordert die Kommintern
die nationale Gleichberechtigung aller nationalen Völker und Klassen.
In organisatorischen Fragen sind die gegenwärtigen Verhältnisse die
Programmkommision keine Vertreter. Über die Arbeiterklasse
heißt das Programm fest, daß die kommunistischen Parteien
Klassenparteien sein, welche alle ausgebeuteten Volks-
schichten gegen den Kapitalismus in den Kampf führen. (Beifall.)
Die Programmfrage wird hierauf an die Kommission übergeben.
Die deutsche, französische und englische Delegation beantragte,
das Proletariat der KPD-Opportunisten bedeutet eine Gefährdung
der proletarischen Diktatur und der Parteieinheit. Die KPD-
Opposition war nicht nur gegen das JA, sondern gegen die
Interessen der Kommintern gerichtet, da eine Schwächung der KPD,
den Angriff gegen das Vermächtnis Lenins bedeutet. Die
Kommintern verlangt, daß alle Nationen klar und eindeutig die
richtige antilettischen Auffassungen ablehnen, die die Autorität
der alten Bolschewikergarde herabsetzen, die den Sowjetstaat und
die Kommintern führt. Der Weltkongress bekräftigt die Beschlüsse
des 13. Parteitages der KPD und unterwirft, daß die An-
schauungen der Opposition kleinbürgerliche opportunistische Ab-
weichungen sind, falls irgendwelche Delegierte hierauf nach
dem Referat Rylovs noch nicht überzeugt sein sollten, muß eine
Diskussion eröffnet werden, wobei der Vertreter der KPD-Opportunisten
eine zweifelhafte Redezeit erhält.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Schluß der Vor-
mittags Sitzung.

Ein Jugendgenosse vom französischen Militärgenicht verurteilt

Der jugendliche Kommunistenführer Becard wurde vom französi-
schen Militärgenicht in London wegen Führung der „Rote-
fahne“ und „Eisenbahn“ und weiteren Verbrechen zu
zwei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Er
wurde zur Strafverbüßung in das Gefängnis von Vincennes
überführt.

Einigung nicht zustande, so wird von Verband zu Verband ver- handelt

Die Verhandlungen der wirtschaftlichen Lage sind beide Parteien damit
einverstanden, daß die Entscheidung über die allgemeine Lohn-
erhöhung zurückgestellt wird.
Es bleibt alles beim alten, das ist der Sinn der Vereinbarung.
So geht es den Proleten, wenn sie sich christlichen oder sozial-
demokratischen Führern anvertrauen.

Ein Jugendgenosse vom französischen Militärgenicht verurteilt

Der jugendliche Kommunistenführer Becard wurde vom französi-
schen Militärgenicht in London wegen Führung der „Rote-
fahne“ und „Eisenbahn“ und weiteren Verbrechen zu
zwei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Er
wurde zur Strafverbüßung in das Gefängnis von Vincennes
überführt.

